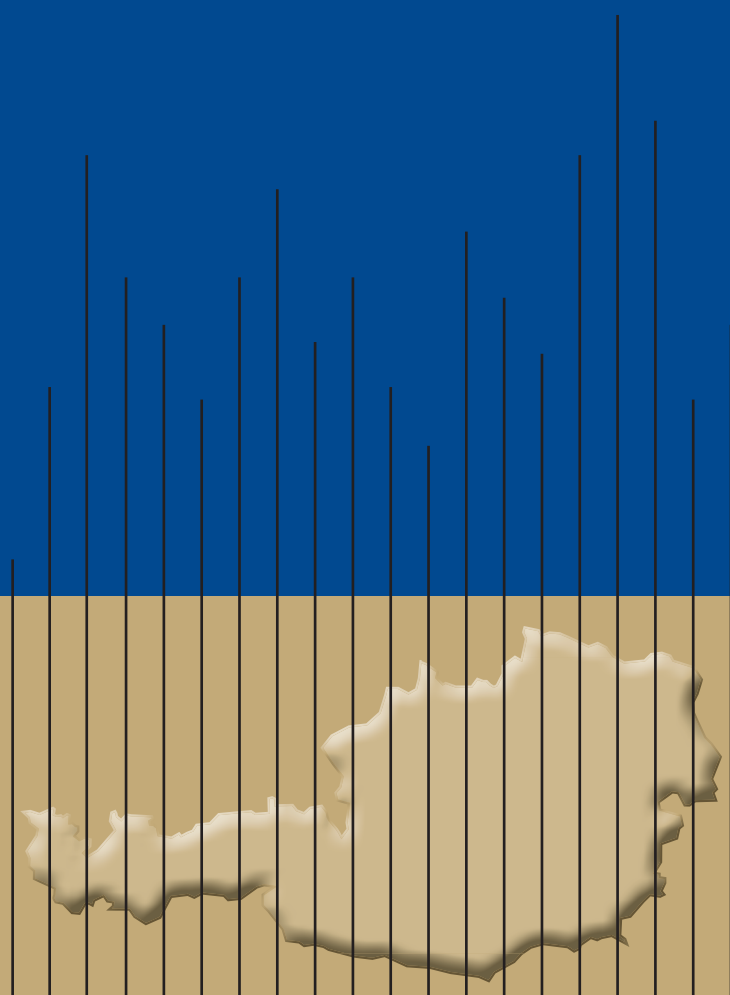




OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

FAKTEN ZU ÖSTERREICH UND SEINEN BANKEN



Inhalt

Kennzahlen	4
Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich	6
1 Österreichs Wirtschaft unter den besten im Euroraum	8
1.1 Österreichs Wirtschaft weiterhin eine der leistungsstärksten im Euroraum	8
1.2 Österreichs Exporteure trotz abnehmender preislicher Wettbewerbsfähigkeit weiterhin erfolgreich	14
1.3 Österreichs Budgetdefizit und Schuldenstand werden stark von Sonderfaktoren beeinflusst	17
2 Trotz verbesserter Profitabilität und Kapitalisierung der österreichischen Banken gilt es, Reformprozesse weiter fortzusetzen	21
2.1 Profitabilität und Eigenmittelausstattung sollen weiter gestärkt werden	21
2.2 Auslandsgeschäft der österreichischen Banken nach wie vor auf CESEE fokussiert	23
2.3 Makroprudenzielle Maßnahmen tragen zur Finanzmarktstabilität bei	25
2.4 Moody's Ausblick für österreichische Banken angehoben	27
2.5 Jüngste Entwicklungen bei HETA Asset Resolution AG	27
2.6 Bankenunion: Harmonisierung aufsichtlicher Agenden schreitet voran	28
3 Tabellenanhang	33

Redaktionsschluss: 15. September 2016

Kennzahlen

Redaktionsschluss: 15. September 2016

Kennzahlen – Realwirtschaft

	Q1 15	Q2 15	Q3 15	Q4 15	Q1 16	2015	2016	2017	2018
Wirtschaftliche Aktivität	<i>in Mrd EUR (gleitende Summe über vier Quartale)</i>								
BIP, nominell	331,5	333,4	335,5	337,6	340,0	337,6	347,3	358,4	370,4
	<i>Veränderung zur Vorperiode in% (real)</i>								
BIP	0,3	0,3	0,2	0,3	0,5	0,8	1,6	1,5	1,5
Privater Konsum	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,3	1,3	1,1	0,9
Öffentlicher Konsum	0,4	0,4	0,5	0,5	0,3	1,3	1,4	1,0	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,5	0,6	0,5	0,6	0,3	2,1	2,0	1,8
Exporte insgesamt	0,2	0,8	1,1	0,8	0,5	2,1	3,4	3,9	4,2
Güterexporte	0,2	1,2	1,6	0,8	0,9	2,2	3,8	3,9	4,1
Importe insgesamt	0,4	1,0	2,2	1,1	0,7	2,2	4,3	3,6	3,9
Güterimporte	0,5	1,4	2,8	1,2	0,8	2,7	4,6	3,5	3,9
	<i>in% des nominellen BIP</i>								
Leistungsbilanzsaldo	x	x	x	x	x	1,9	2,9	3,2	3,6
	<i>Veränderung zum Vorjahr in%</i>								
Preise	<i>Veränderung zum Vorjahr in%</i>								
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	0,6	1,0	0,9	0,7	0,4	0,8	1,0	1,7	1,9
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer	1,5	1,6	1,7	1,6	1,3	1,6	1,3	1,5	2,0
Lohnstückkosten	1,9	1,6	1,4	1,2	1,0	1,5	0,8	0,9	1,4
Produktivität	-0,3	0,0	0,3	0,3	0,3	0,1	0,5	0,7	0,6
	<i>Veränderung zum Vorjahr in%</i>								
Einkommen und Sparen	<i>Veränderung zum Vorjahr in%</i>								
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-0,9	-0,2	0,6	0,8	0,1	-0,7	2,3	0,9	0,7
	<i>in% des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>								
Sparquote	x	x	x	x	x	6,9	7,5	7,3	7,1
	<i>Veränderung zur Vorperiode in%</i>								
Arbeitsmarkt	<i>Veränderung zur Vorperiode in%</i>								
Unselbstständig Beschäftigte	0,2	0,2	0,3	0,4	0,5	1,1	1,5	1,1	1,0
	<i>in% des Arbeitskräfteangebots</i>								
Arbeitslosenquote (Eurostat)	5,6	5,8	5,7	5,9	6,0	5,7	6,0	6,1	6,0
	<i>in% des nominellen BIP</i>								
Öffentliche Finanzen	<i>in% des nominellen BIP</i>								
Budgetsaldo	x	x	x	x	x	-1,0	-1,8	-1,5	-1,1
Schuldenstand	x	x	x	x	x	85,5	84,5	82,8	80,9

Quelle: OeNB, Eurostat, Statistik Austria.

Anmerkung: 2015 bis 2017: OeNB-Prognose vom Juni 2016. x = Daten nicht verfügbar.

Kennzahlen – Finanzwirtschaft

	Q1 15	Q2 15	Q3 15	Q4 15	Q1 16	Q2 16	2012	2013	2014	2015
Österreichisches Bankensystem	<i>konsolidiert in Mrd EUR</i>									
Bilanzsumme	1.105	1.079	1.076	1.057	1.068	1.062	1.164	1.090	1.078	1.057
Eigenmittel ¹	88,6	89,5	87,3	87,5	86,8	x	88,2	89,0	87,6	87,5
Auslandsforderungen CESEE ²	189,9	188,6	188,4	186,4	185,3	x	209,8	201,8	184,8	186,4
Strukturkennzahlen	<i>konsolidiert in %</i>									
Eigenmittelquote ¹	15,4	15,9	15,9	16,3	16,1	x	14,2	15,4	15,6	16,3
Tier 1-Quote ¹	11,6	12,2	12,2	12,9	12,8	x	11,0	11,9	11,8	12,9
Leverage ³	6,1	6,3	6,2	6,3	6,3	x	6,1	6,5	6,1	6,3
Kreditentwicklung und -qualität (AT)	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Kreditwachstum Kunden (Nichtbanken)	0,7	0,4	0,7	1,1	1,5	x	0,4	-0,4	0,7	1,1
	<i>Anteil an Krediten an Kunden (Nichtbanken) in %</i>									
Fremdwährungskreditanteil	11,7	11,3	10,5	10,2	9,8	x	14,4	12,3	11,1	10,2
Wertberichtigungsquote	3,3	3,3	3,1	3,0	2,8	2,7	3,3	3,5	3,3	3,0
Notleidende und uneinbringliche Kredite	4,4	4,6	4,3	4,3	4,2	4,0	4,7	4,1	4,4	4,3
Ertragslage	<i>konsolidiert in Mrd EUR</i>									
Ergebnis nach Steuern	1,2	2,6	4,5	5,2	1,1	2,9	3,0	-1,0	0,7	5,2
	<i>konsolidiert in %</i>									
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert) ⁴	0,5	0,6	0,7	0,6	0,5	0,6	0,3	-0,04	0,0	0,6
Aufwand-Ertrag-Relation	62,2	60,3	61,7	62,8	72,7	72,0	61,7	73,0	69,1	62,8
Tochterbanken in CESEE⁵	<i>in %</i>									
Kredit-Einlagen-Quote	96,6	93,9	90,3	88,4	88,0	x	99,4	95,8	96,7	88,4
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert) ⁴	0,9	1,0	0,8	0,7	1,2	x	0,8	0,8	0,3	0,7
Aufwand-Ertrag-Relation	52,2	48,9	50,6	51,1	53,2	x	52,4	52,7	52,7	51,1
Wertberichtigungsquote	7,1	7,0	7,2	7,0	6,8	x	7,6	8,0	7,3	7,0
Private Haushalte	<i>in Mrd EUR</i>									
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	603,1	599,5	593,7	602,2	601,4	x	549,2	567,7	591,6	602,2
Verpflichtungen – Kredite (Stand; passiv)	171,4	172,0	172,4	173,4	171,7	x	165,6	165,7	168,0	173,4
davon Fremdwährungskredite	27,5	26,7	24,9	24,4	23,4	x	38,7	32,9	28,4	25,4
davon Wohnbaukredite in Fremdwährung	21,4	20,8	19,5	19,2	18,5	x	27,7	24,3	21,5	19,5
Unternehmen	<i>in Mrd EUR</i>									
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	469,1	467,7	471,6	474,8	474,6	x	408,5	447,2	459,1	474,8
Verpflichtungen insgesamt (Stand; passiv)	716,6	712,3	715,5	713,8	714,2	x	641,2	687,6	698,7	713,8
davon Kredite und Wertpapiere	351,7	348,8	354,9	356,7	357,9	x	330,3	350,1	345,9	356,7
davon Anteilsrechte	223,0	224,0	227,6	226,2	225,6	x	180,6	204,6	219,9	226,2
	<i>in Mrd EUR (gleitende Summe über vier Quartale)</i>									
Gross operating surplus and mixed income	72,4	73,1	74,0	74,8	75,2	x	73,7	73,6	72,7	71,9

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹ Da ab 2014 die Kennzahlen zur Eigenmittelausstattung auf Basis der CRD IV kalkuliert werden, kommt es zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit mit früheren Werten.

² Forderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken (BIZ-Definition).

³ Definition bis 2013: Tier 1-Kapital nach Abzugsposten in % der Bilanzsumme. Definition ab 2014 gemäß Basel III.

⁴ Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen als Prozentsatz der durchschnittlichen Bilanzsumme.

⁵ Seit 2014 sind die anteilmäßigen Daten der Yapi ve Kredi Bankasi, einem Joint Venture der UniCredit Bank Austria in der Türkei, inkludiert.

Anmerkung: x = Daten zu Redaktionsschluss noch nicht verfügbar.

Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich¹

Österreichs Wirtschaft ist leistungsstark

- Österreich wies im letzten Jahrzehnt ein höheres Wachstum und ein höheres Wohlstandsniveau als der Euroraum aus. Seit 2014 fällt das BIP-Wachstum in Österreich jedoch hinter den Euroraum zurück.
- Österreichs Wirtschaft ist breit diversifiziert und verfügt über eine sektoral ausgewogene Wirtschaftsstruktur.
- Angesichts des hohen Beschäftigungsstands, der international niedrigen Arbeitslosigkeit und der geringen Streikhäufigkeit hält Österreich hinsichtlich sozialer Stabilität eine ausgezeichnete Position.
- Seit der Euro-Einführung 1999 liegt die durchschnittliche Inflationsrate in Österreich und im Euroraum bei 1,8%. Das Preisstabilitätsziel wurde somit erfüllt. Allerdings liegt die HVPI-Inflation Österreichs seit September 2012 zum Teil deutlich über jener des Euroraums.
- Auf dem österreichischen Immobilienmarkt kam es in den letzten Jahren zu keiner Überhitzung. Die Immobilienpreise stiegen in einigen Regionen und Marktsegmenten seit dem Ausbruch der Finanzkrise deutlich, stehen aber in Österreich insgesamt im Einklang mit Fundamentalindikatoren.
- Die österreichische Sparquote (2015: 6,9%) ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Das Finanzvermögen des privaten Haushaltssektors beläuft sich auf 602 Mrd EUR bzw. 177% des BIP.
- Die Verschuldung der privaten Haushalte liegt leicht über 50% relativ zum BIP (Q1 2016); die Unternehmensverschuldung liegt mit 236,1% des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 91,9% des BIP (Q1 2016) unter dem Euroraum-Durchschnitt.
- Durch das hohe Beschäftigungswachstum bei gleichzeitig verhaltenem Wirtschaftswachstum verliert Österreich sowohl bei den Lohnstückkosten als auch bei der Produktivität pro Erwerbstätigen relativ zum Euroraum.
- Der österreichische Außenhandel mit Waren ist sowohl regional als auch nach Gütergruppen stark diversifiziert. Im Jahr 2015 wurden rund die Hälfte der Warenexporte mit Handelspartnern innerhalb des Euroraums abgewickelt und waren somit frei von Wechselkursschwankungen. Ein Drittel der Exporte ging 2015 nach Deutschland, 21% in CESEE-Länder.
- Österreichs Defizitquote verbesserte sich infolge rückläufiger Kapitaltransfers an Banken und kräftig gestiegener Einnahmen deutlich, und zwar von -2,7% des BIP im Jahr 2014 auf -1,0% im vergangenen Jahr. Für 2016 ist aufgrund der Steuerreform und zusätzlicher migrationsbedingter Ausgaben mit einer Verschlechterung der Defizitquote zu rechnen.
- Der 2015 verzeichnete Anstieg der Staatsschuldenquote auf 85,5% des BIP (2014: 84,4%) ergab sich vor allem aus Transaktionen im Zusammenhang mit den in Staatsbesitz befindlichen Bad Banks, die eine Erhöhung des Schuldenstands, nicht aber des Defizits bewirkten. Mit der Verringerung der Kapitaltransfers an Banken dürfte es 2016 zu einer Verbesserung der Schuldenquote kommen.

¹ Redaktionsschluss: 15. September 2016.

Trotz verbesserter Profitabilität und Kapitalisierung der österreichischen Banken gilt es, Reformprozesse weiter

- Das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken hat sich 2015 deutlich erholt. Dies war jedoch vor allem auf eine Reduktion der Kreditrisikovorsorgen und Abschreibungen sowie auf wieder ansteigende Gewinne der CESEE-Tochterbanken zurückzuführen. Das Zinsergebnis, die wichtigste Ertragskomponente der österreichischen Banken, war rückläufig. Diese Entwicklung wurde in Österreich durch den Rückgang der Bilanzsumme getrieben, während im Großteil der CESEE-Länder vornehmlich die Margen sanken.
- Die Kapitalisierung der österreichischen Banken hat sich verbessert, allerdings sind die ausgewiesenen regulatorischen Kapitalquoten im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Zieht man die Leverage Ratio als Vergleichsmaßstab heran, schneiden die österreichischen Banken deutlich besser ab. Die Kapitalanforderungen werden sich graduell durch die Einführung des Systemrisikopuffers (SRB) und des Andere Systemrelevante Institute-Puffers (O-SII), den das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) empfohlen hat, erhöhen.
- Die Forderungen gegenüber CESEE blieben in den vergangenen Jahren relativ konstant. Allerdings zeigte sich gegenüber einzelnen Ländern eine unterschiedliche Entwicklung, die u.a. auch geopolitische Ursachen hat.
- Die Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE hat sich im ersten Quartal 2016 deutlich verbessert. Österreichische Tochterbanken konnten in allen CESEE-Ländern positive Gewinnbeiträge verzeichnen. Die höchsten Gewinne konnten in Tschechien, Rumänien und Russland erwirtschaftet werden, wobei die Gewinne in Russland im Vergleich zum Vorjahresquartal rückläufig waren.
- Die im Bereich der Fremdwährungskredite gesetzten Maßnahmen der österreichischen Aufsicht wirkten sich weiterhin positiv aus. So reduzierte sich das ausstehende Schweizer-Franken-Kredit-Volumen in Österreich seit Oktober 2008 um mehr als die Hälfte.
- Das im Jahr 2012 lancierte Nachhaltigkeitspaket trägt zur Stärkung der lokalen Refinanzierungsbasis der österreichischen Tochterbanken in CESEE bei. Die Kredit-Einlagen-Quote sank von 117% im Jahr 2008 auf 88% im ersten Quartal 2016, was hauptsächlich auf einen Anstieg der lokalen Spareinlagen zurückzuführen ist. Das Kreditwachstum wird also verstärkt auf lokaler Basis refinanziert.
- Das FMSG sieht die präventive Erweiterung des makroprudenziellen Instrumentenkastens, wie Begrenzungen der Beleihungsquote, der Verschuldungsquote oder der Schuldendienstquote bei Neuvergabe von Krediten als notwendig an, um bei einem mit systemischen Risiken behafteten Immobilienpreisboom handlungsfähig zu sein. Ein entsprechender Hinweis wurde daher an das BMF übermittelt.
- Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) nahm im November 2014 seine Tätigkeit auf und konnte mit der Einrichtung gemeinsamer Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams, JSTs), der Operationalisierung der Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden (National Competent Authorities, NCAs) und dem jährlichen Abschluss des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review Evaluation Process, SREP) nach einer einheitlichen Methodik bisher wichtige Schritte zur Harmonisierung der Aufsichtsmethoden in der EU setzen.
- Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority, EBA) hat am 29. Juli 2016 die Ergebnisse ihres aktuellen Stresstests veröffentlicht. Das Ergebnis des EBA-Stresstests fiel für die beiden teilnehmenden österreichischen Banken – u.a. wegen der niedrigeren Ausgangskapitalisierung der beiden Banken – im Rahmen der Erwartungen der Aufsicht aus. Die Stresstestergebnisse fließen in die aufsichtliche Beurteilung der Eigenkapitalsituation der betroffenen Banken ein.
- Mit 1. Jänner 2016 wurde der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) in vollem Umfang umgesetzt. Der Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board, SRB) ist zentral für alle abwicklungsrelevante Entscheidungen für ausfallsgefährdete bzw. ausfallende Großbanken verantwortlich. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt gemeinsam mit den betroffenen nationalen Abwicklungsbehörden.
- Die vollständige Umsetzung des einheitlichen Europäischen Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) würde zur Vollendung der auf drei Säulen basierende Bankenunion führen. Dazu müssten zunächst die in Europa bestehenden rechtlichen Unterschiede noch vereinheitlicht und die noch immer vorhandenen Risiken im europäischen Bankensektor konsequent abgebaut werden. Auf europäischer Ebene laufen entsprechende Initiativen. EDIS soll nach dem im November 2015 von der Europäischen Kommission (EK) vorgelegten Vorschlag schrittweise errichtet werden und ab 2024 voll wirksam sein.

1 Österreichs Wirtschaft unter den besten im Euroraum

1.1 Österreichs Wirtschaft weiterhin eine der leistungsstärksten im Euroraum

Österreichs Wirtschaftswachstum fällt derzeit hinter jenes des Euroraums zurück

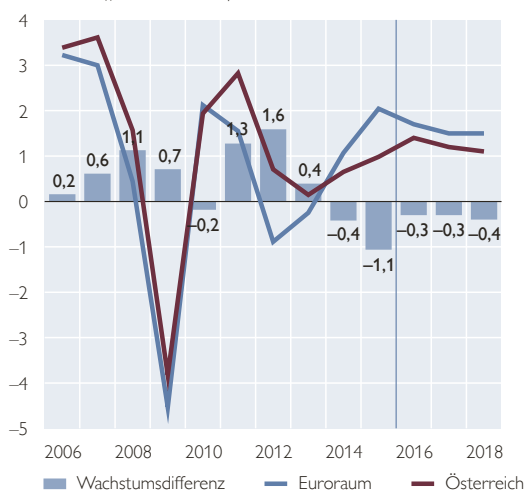
Während die österreichische Wirtschaft zwischen 2006 und 2013 ein höheres reales BIP-Wachstum als der Euroraum (ausgenommen im Jahr 2010) aufweisen konnte, bleibt das Wachstum seit 2014 hinter jenem des Euroraums zurück. Der IWF erwartet eine Verkleinerung, aber kein komplettes Schließen dieser Lücke bis 2018. In diesem Jahr soll Österreich mit 1,1%, der Euroraum mit 1,5% wachsen.

Das schwächere BIP-Wachstum Österreichs im Vergleich zum Euroraum kann sowohl auf Entwicklungen im Euroraum als auch in Österreich zurückgeführt werden. Nachdem sich der Euroraum 2012 und 2013 in einer zweiten Rezession befand, erzielten einige Krisenstaaten wie Spanien und Irland – nachdem sie weitreichende strukturelle Anpassungen vorgenommen haben – derzeit ein deutlich höheres Wachstum als der Euroraum und heben somit den Durchschnittswert. Gleichzeitig verzeichnet Österreich in den letzten Jahren im Vergleich zum Euroraum eine höhere Inflation. Diese führt einerseits dazu, dass die real verfügbaren Haushaltseinkommen nur stagnieren und somit die Entwicklung des privaten Konsums gedämpft wird, und andererseits dazu, dass die österreichische Wirtschaft an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verliert, was sich wiederum in der Exportentwicklung widerspiegelt. Wie in Grafik 1 dargestellt, weist Österreich ein deutlich höheres Wohlstandsniveau als der Euroraum aus.

Grafik 1

Wachstumsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Reales BIP: Veränderung zum Vorjahr in %;
Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten

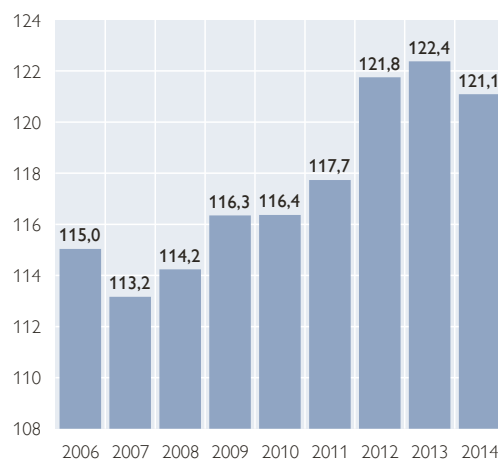


Quelle: Eurostat, IWF.

Anmerkung: 2016 bis 2018: IWF – World Economic Outlook vom April 2016.

Wohlstandsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Reales BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards; Euroraum = 100



Kasten 1

Wirtschaftliche Verflechtung von Österreich und dem Vereinigten Königreich

Die direkte Verflechtung zwischen der österreichischen und britischen Wirtschaft ist verhältnismäßig gering. Im innereuropäischen Vergleich weist Österreich einen unterdurchschnittlichen Außenhandelsanteil mit dem Vereinigten Königreich auf. Mögliche direkte negative Effekte der Brexit-Entscheidung auf die österreichische Wirtschaft dürften daher vergleichsweise niedrig sein. Die wichtigsten Kennzahlen der Wirtschaftsbeziehung zwischen Österreich und dem Vereinigten Königreich sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst:

Wirtschaftliche Verflechtungen Österreichs mit dem UK im Jahr 2015

	in Mio EUR	in % der jeweiligen Variable	in % des BIP	Rang
Güterexporte	4.230	3,3	1,3	7
Güterimporte	2.369	1,9	0,7	14
Güterbilanz	1.861	x	0,6	x
Reiseverkehrsexporte	639	3,9	0,2	5
Reiseverkehrsimporte	252	3,1	0,1	8
Reiseverkehrsbilanz	387	x	0,1	x
DL-Exporte ohne Reiseverkehr	1.459	4,0	0,4	4
DL-Importe ohne Reiseverkehr	1.701	5,2	0,5	2
DL-Bilanz ohne Reiseverkehr Bilanz	-242	x	-0,1	x
Leistungsbilanz	2.125	x	0,6	x
Nächtigungen (in Tsd)	3.549	2,6	x	5
Direktinvestitionen aktiv	6.777	3,5	2,0	10
Direktinvestitionen passiv	4.861	3,2	1,4	9
Beschäftigung (UK in AT) in Köpfen	4.300	0,1	x	19
Konsolidierte Auslandsforderungen österreichischer Banken gegenüber UK (immediate borrower basis)	12.941	4,4	3,8	8

Quelle: OeNB, Statistik Austria, BALI-Datenbank.

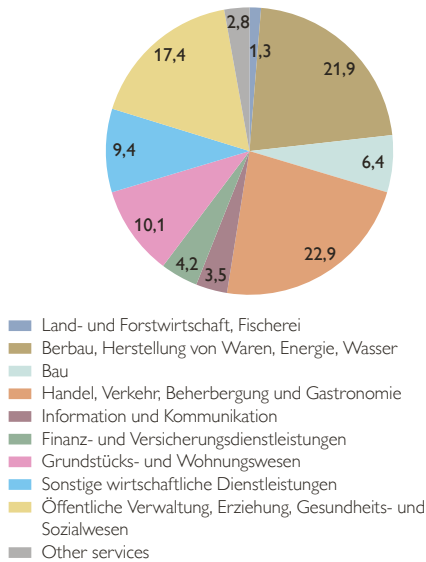
Wirtschaftsstruktur in Österreich sektoral ausgewogen

Die österreichische Volkswirtschaft baut auf einer sektoral sehr ausgewogenen Wirtschaftsstruktur auf. Der Bereich der nicht öffentlich bereitgestellten Dienstleistungen mit einem Anteil von knapp über 30% trägt am stärksten zur Bruttowertschöpfung bei. Mit jeweils knapp über 20% folgen der Bereich Bergbau, Herstellung von Waren, Energie und Wasser sowie der Bereich *Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie*. Österreich weist zudem eine hohe Branchenvielfalt innerhalb der Sachgütererzeugung aus. Der Bausektor kommt auf einen international vergleichsweise geringen Wertschöpfungsbeitrag von rund 6,4%.

Grafik 2

Bruttowertschöpfung 2015 in Österreich

in % der gesamten Bruttowertschöpfung, nominell



Quelle: Statistik Austria.

Österreich zählt zu den Ländern mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten innerhalb der EU

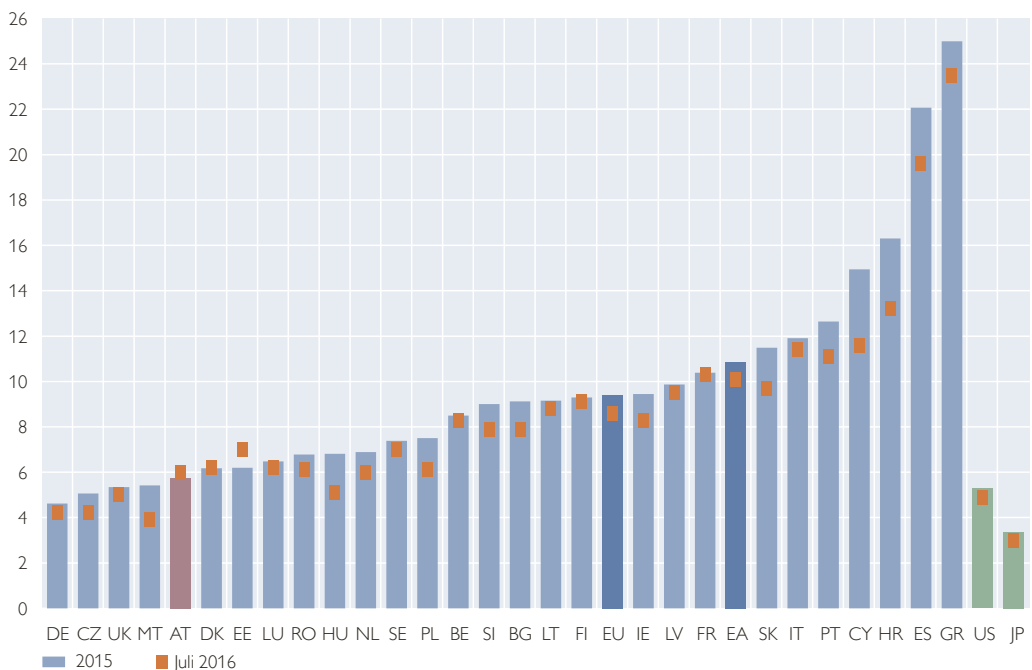
Der österreichische Arbeitsmarkt erwies sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise und ebenso im folgenden Aufschwung als krisenfest. Die Anzahl der Beschäftigten wurde trotz Stundenreduktion während des Krisenjahres 2009 nicht verringert und wächst seitdem überdurchschnittlich stark; dies gilt auch für die konjunkturell schwierigen Jahren 2012 bis 2015. Aufgrund des steigenden Arbeitskräfteangebots steigt die Arbeitslosigkeit seit Mitte 2011, die Anzahl der Arbeitslosen ist im historischen Kontext für Österreich sehr hoch. Die Arbeitslosenquote stieg zuletzt ebenso an, im EU-Vergleich zählt Österreich trotzdem zu den Top-5-Ländern mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten im Jahr

2015. Der österreichische Arbeitsmarkt ist weiterhin von hoher Flexibilität, positivem sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich und wohlgedachten

Grafik 3

Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

in %



Quelle: Eurostat.

Anmerkung: EE, HU: Juni 2016; GR, UK: Mai 2016.

arbeitspolitischen Maßnahmen (z. B. Kurzarbeitsregelung, im Gegensatz zu unmittelbaren Entlassungen) gekennzeichnet und somit eine Stütze der österreichischen Wirtschaft.

Abgesehen von den klassischen Arbeitsmarktindikatoren liegt Österreich auch bei alternativen Indikatoren, etwa zur Messung der sozialen Stabilität (z. B. Häufigkeit von Streiks), weltweit im Spitzenfeld.

Inflation im historischen Vergleich niedrig, im Vergleich der Euroraum-Länder aber hoch

Seit 1999 ist es dem Eurosystem gelungen, das gesetzte Preisstabilitätsziel einer Inflation von unter, aber nahe 2 % zu erreichen. Die HVPI-Inflation lag im Euroraum und in Österreich im Durchschnitt bei 1,8 %. Allerdings stellen der klare Anstieg der Inflation vor der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und in der Erholungsphase 2011 sowie der Rückgang Mitte 2009 und die aktuell niedrigen HVPI-Wachstumsraten eine kurzfristig signifikante Abweichung von diesem Ziel dar.

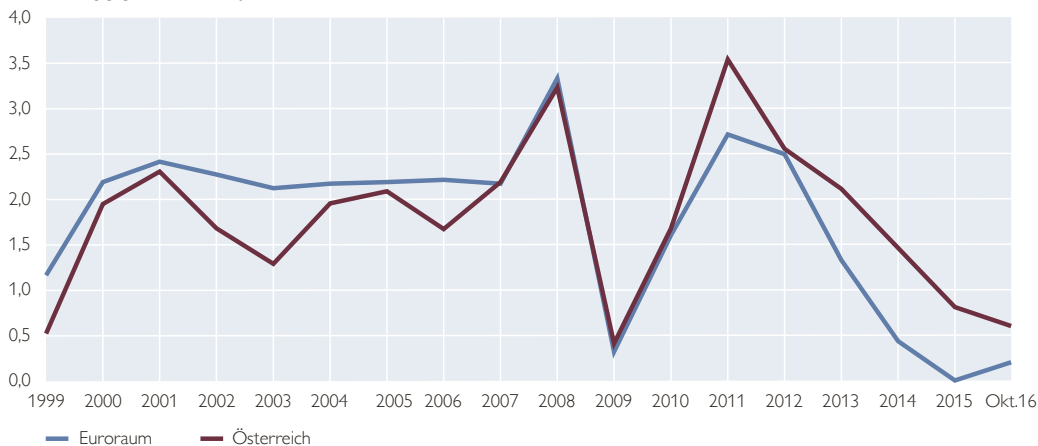
Seit Mitte 2013 dämpfen das unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum, eine Phase von Lohn- und Preiskürzungen in mehreren Euroraum-Ländern und die aktuell stark fallenden Energiepreise die HVPI-Inflation im Euroraum. Die HVPI-Inflation lag im August bei 0,2 % im Euroraum. Vor dem Hintergrund der anhaltend niedrigen Inflation hat die EZB im März 2016 ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Sicherung der Preisstabilität beschlossen. Dieses umfasst eine weitere Senkung der Leitzinsen, eine Ausweitung der monatlichen Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten, die Aufnahme von in Euro lautenden Investment-Grade-Anleihen von Unternehmen (ohne Banken) im Euro-Währungsgebiet in das Ankaufprogramm und vier weitere gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte. Diese Maßnahmen sollen die Vergabe neuer Kredite ankurbeln und so die Dynamik der Konjunkturerholung im Euroraum verstärken sowie die Rückkehr der Inflation auf ein Niveau von unter, aber nahe 2 % beschleunigen.

Beim Vergleich der HVPI-Inflationsentwicklung des Euroraums und jener Österreichs zeigt sich, dass im Zeitraum seit der Einführung des Euro bis zum Jahr 2009 die Inflation in Österreich konstant unter jener des Euroraums lag. Während sich die Inflation zwischen 2009 und 2012 ähnlich entwickelte, liegt diese in Österreich seit September 2012 über dem Euroraum-Durchschnitt. Dies kann wie schon beim BIP-Wachstum auf die Inflationsentwicklung in einigen Euroraum-Ländern zurückgeführt werden, die zurzeit eine Phase sinkender Preis- und Lohnwachstumsraten bzw. Preis- und Lohnrückgänge verzeichnen, um angesichts einer tiefen Rezession ihre Wettbewerbssituation zu verbessern. Diese Länder drücken derzeit den Euroraum-Durchschnitt. Gleichzeitig erklärt sich die Differenz durch Phänomene in Österreich wie etwa einen vergleichsweise starken Preisanstieg im Dienstleistungsbereich sowie bei staatlichen Gebühren und Abgaben.

Grafik 4

HVPI-Inflationsrate

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Eurostat.

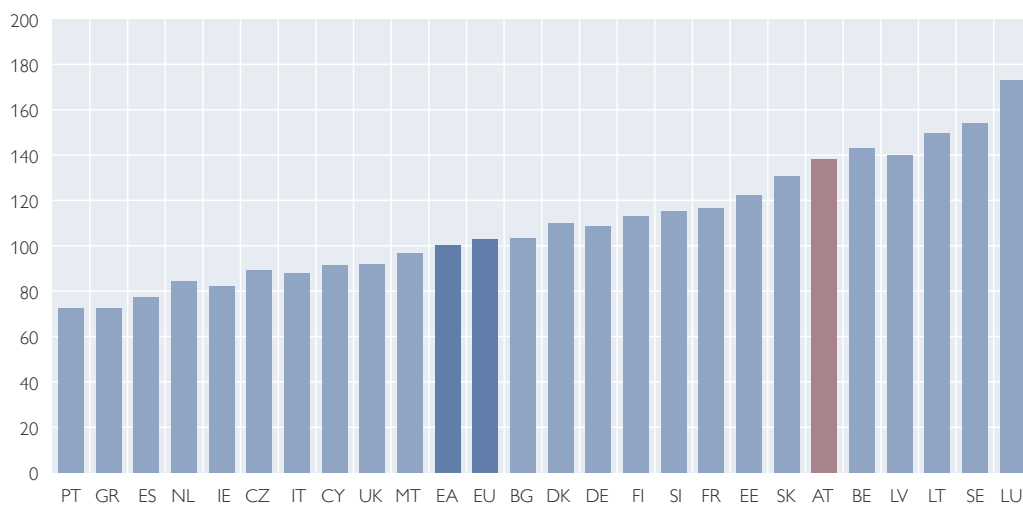
Preisanstieg auf dem österreichischen Immobilienmarkt, aber keine Überhitzung

Die Immobilienpreise Österreichs sind im Zeitraum 2004 bis 2015 im Euroraum- und EU-Vergleich deutlich gestiegen (vergleichbare Daten auf EU-Ebene sind erst ab 2004 verfügbar). Allerdings blieb Österreich von Entwicklungen wie in Spanien, Irland oder Zypern verschont, wo es zum Aufbau und letztlich auch zum Platzen von Immobilienpreisblasen kam, die in der Veränderung von 2004 bis 2015 so nicht erkennbar sind.

Grafik 5

Entwicklung der realen Immobilienpreise in der EU

Index: 2004=100



Quelle: EZB.

Anmerkung: CY 2006–2015; SK 2005–2015; LV 2004–2013; CZ, UK, BG, FI 2004–2014; alle anderen Länder: 2004–2015; keine Daten für HU, PL, RO; EA=Euroraum.

Die OeNB verfolgt die Preisentwicklung auf dem österreichischen Immobilienmarkt genau. Im Jänner 2014 wurde ein Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien präsentiert, der die Entwicklung der Immobilienpreise mit ausgewählten ökonomischen Fundamentalindikatoren in Verbindung setzt.

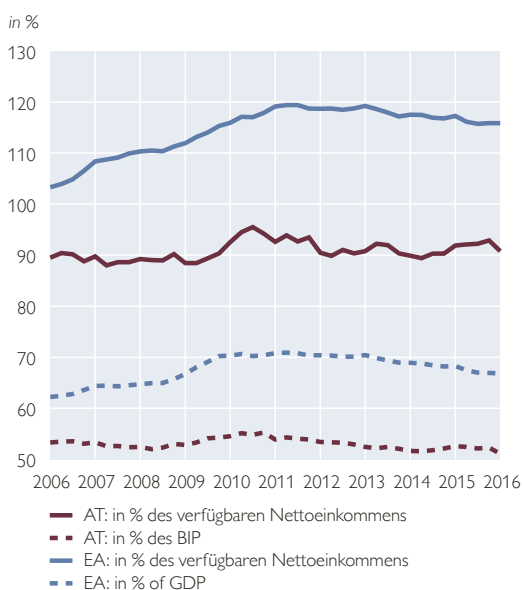
Finanzvermögen hoch, Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen moderat und stabil

Im Jahr 2015 flossen 6,9% des netto verfügbaren Einkommens des Haushaltssektors in die Ersparnisbildung. Per Jahresresultimo 2015 hatten die privaten Haushalte Geldvermögen im Ausmaß von rund 602,2 Mrd EUR (177,1% des BIP) aufgebaut. Die privaten Haushalte sind somit wichtige Kapitalgeber für die anderen volkswirtschaftlichen Sektoren.

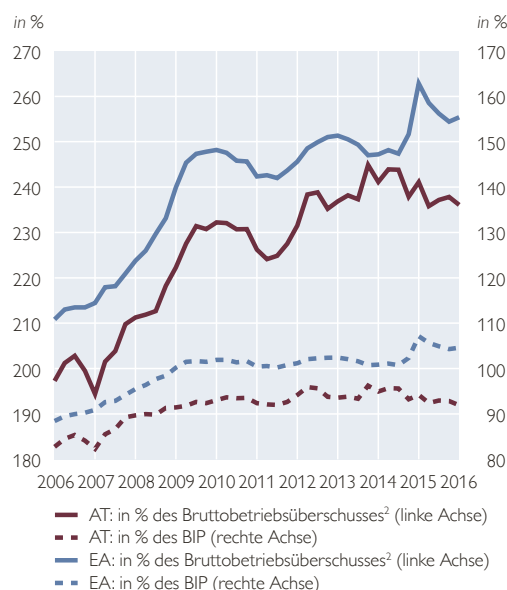
Gemessen am BIP war der österreichische Haushaltssektor im ersten Quartal 2016 im Ausmaß von 51,1% verschuldet. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 66,9%. Die Unternehmensverschuldung lag in Österreich im ersten Quartal 2016 mit 236,1% des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 91,9% des BIP ebenfalls unter dem Euroraum-Durchschnitt von 255,4% relativ zum Bruttobetriebsüberschuss sowie 104,6% relativ zum BIP.

Grafik 6

Verschuldung der privaten Haushalte



Verschuldung des Unternehmenssektors¹



Quelle: EZB.

¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

² Inklusiv Einkommen aus Selbstständigkeit.

Anmerkung: EA=Euroraum.

1.2 Österreichs Exporteure trotz abnehmender preislicher Wettbewerbsfähigkeit weiterhin erfolgreich

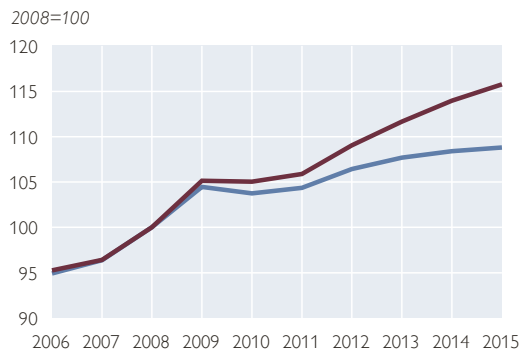
Starke Beschäftigungsentwicklung drückt Produktivität

Infolge der Krise büßte Österreich, bedingt durch eine vergleichsweise schwache Produktivitätsentwicklung, an preislicher Wettbewerbsfähigkeit ein. Durch Labour Hoarding der Unternehmen während der Krisenjahre, eine bessere Konjunkturentwicklung 2010/11 sowie die verspätete Öffnung des Arbeitsmarktes 2011 stieg die Beschäftigung (gemessen in Köpfen) deutlich stärker an als im Euroraum. Diese Entwicklung setzte sich auch in den konjunkturell schwachen Jahren 2012–2015 fort. Österreich verliert infolgedessen sowohl bei den Lohnstückkosten als auch bei der Produktivität pro Erwerbstätigen relativ zum Euroraum. Büßte der Euroraum vor der Krise dem real-effektiven Wechselkurs (deflationiert mit dem VPI) folgend noch an Wettbewerbsfähigkeit ein, so gewann er zwischen 2009 und 2012 an Wettbewerbsfähigkeit, während der real-effektive Wechselkurs für Österreich beinahe unverändert blieb. Somit verlor Österreich im Vergleich zum Euroraum auch in dieser Hinsicht. In den Jahren 2013/14 wertete der real-effektive Wechselkurs für Österreich und den Euroraum auf, die Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte sich somit. Seit September 2012 weist Österreich zudem höhere Inflationsraten als der Euroraum und die wichtigsten Handelspartner, Deutschland und Italien, aus. Diese Inflationsdifferenz führt zu einer realen Aufwertung der österreichischen Wirtschaft und wird in den kommenden Jahren die Wettbewerbsposition Österreichs weiter dämpfen.

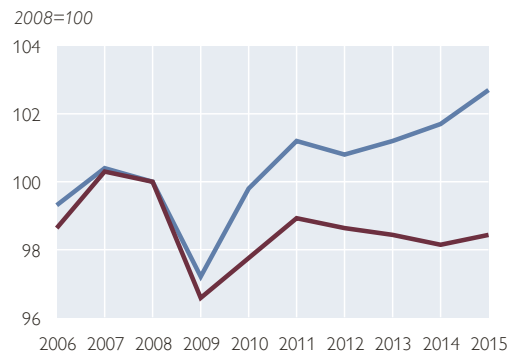
Grafik 7

Internationale Wettbewerbsfähigkeit

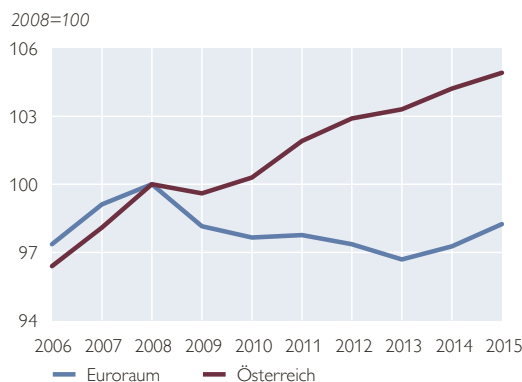
Reale Lohnstückkosten



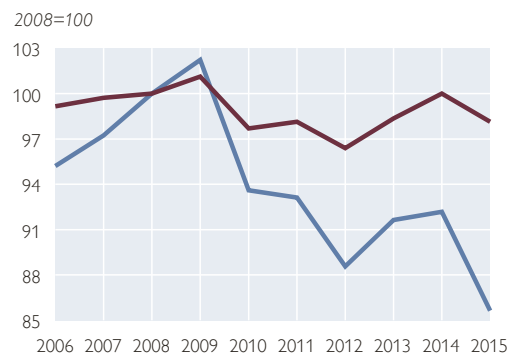
Produktivität pro Erwerbstätigen



Beschäftigung



Real-effektiver Wechselkurs (VPI)



Quelle: Eurostat.

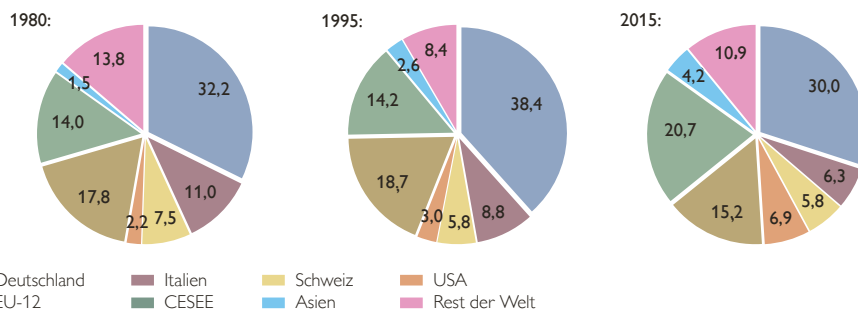
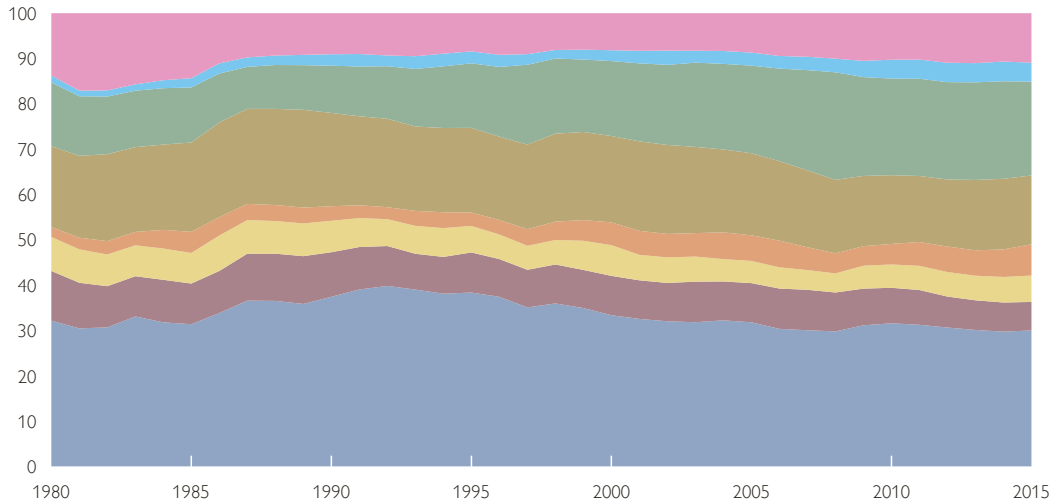
Regional ausgewogene Exportstruktur, geringes Währungsrisiko

Im Jahr 2015 exportierte Österreich rund die Hälfte der produzierten Waren in den Euroraum. Dieser Teil war somit keinem Wechselkursrisiko ausgesetzt. Für österreichische Exporteure ist Deutschland mit einem Anteil von 30% an den gesamten Güterexporten nach wie vor die mit Abstand wichtigste Exportdestination. Auf den weiteren Rängen folgen die USA, Italien, die Schweiz und Frankreich. Seit Mitte der 1990er-Jahre (1995: 63%) ging der Anteil der Exporte in den Euroraum konstant zurück. Gleichzeitig wuchs der Anteil der Warenexporte nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa (1995: 14%; 2015: 21%). Obwohl sich die Geschwindigkeit des Aufholprozesses der zentral-, ost- und südosteuropäischen Staaten reduziert hat, beträgt die Wachstumsdifferenz nach wie vor rund 1½ Prozentpunkte – dies konnte von österreichischen Exporteuren sehr gut genutzt werden. Ebenso nahmen die Exporte in die dynamischen Volkswirtschaften Asiens – China, Indien, Korea – zu. Als positiv erweist sich die Branchenvielfalt im österreichischen Außenhandel. Mit einem Anteil von 40% an den Gesamtexporten liegt der Schwerpunkt auf *Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen*. Weitere Stützen stellen die Bereiche *Bearbeitete Waren, Chemische Erzeugnisse* und *Sonstige Fertigwaren* dar, die gemeinsam rund 47% der Güterexporte ausmachen.

Grafik 8

Österreichische Güterexporte nach Regionen 1980–2015

in % der gesamten nominellen Güterexporte



Quelle: Statistik Austria.

Anmerkung: Asien: CN, JP, KR;

EU-12: BE, DK, FI, FR, GR, IE, LU, NL, PT, ES, SE, UK;

CESEE: BG, EE, LV, LT, PL, RO, SK, SI, CZ, HU, AL, BA, HR, ME, RS, BY, MD, RU, UA.

Angesichts eines Warenanteils von 71 % an den Exporten hängt die österreichische Exportleistung in erster Linie von der Warenausfuhr ab, aber auch die Dienstleistungsexporte spielen eine wesentliche Rolle. Laut Technologiezahlungsbilanz entwickelte sich Österreich zu einem Nettoexporteur im Bereich des Technologie- und Know-how-Transfers mit Nettoexporten im Wert von rund 3 Mrd EUR oder 1 % des BIP, womit Österreich im Ranking vor Finnland oder Deutschland liegt. Die Exportkategorie mit den höchsten Zuwachszahlen und damit Exportführer sind Computerdienstleistungen; dies spiegelt sich in der Anzahl von Niederlassungen multinationaler Unternehmen in Österreich wider. Die Computerdienstleistungen haben den traditionell führenden Architekten- und Ingenieurdienstleistungen den Rang abgelassen. Langfristig betrachtet verzeichnen auch die Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen hohe Zuwächse, allerdings mit starken Einbußen infolge der Finanz-, Budget- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre. Neben den IT-Dienstleistern dominieren Sachgütererzeuger den internationalen Technologietransfer, vor allem Firmen in der Elektronikindustrie und im Bereich Maschinenbau. Regional betrachtet ist Österreich ein Nettoexporteur technologischen Know-hows in die Schweiz, nach Russland und China. Hingegen importiert Österreich per saldo Technologie-Know-how aus dem angloamerikanischen Raum.

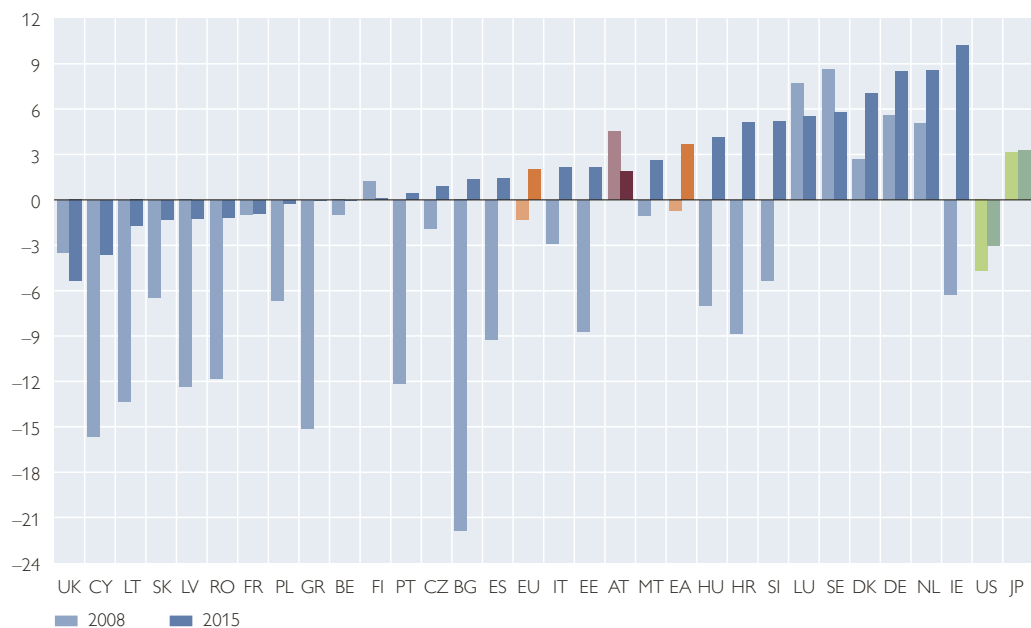
Leistungsbilanzüberschüsse als Ausdruck internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Österreich erwirtschaftet seit 2002 jährliche Leistungsbilanzüberschüsse, d. h. es werden mehr Güter und Dienstleistungen exportiert als importiert. Im Jahr 2015

Grafik 9

Leistungsbilanz (LB)

in % des BIP



Quelle: Eurostat.

Anmerkung: BPM6; EA und EU 2008 ohne FI; EA und EU 2015 mit Werten für FR von 2014; FR: 2014; FI: 2010; USA und JP: Durchschnitt von EK und IWF-Daten; EA=Euroraum.

verzeichnete Österreich Überschüsse im Ausmaß von 2,6% des BIP, nach 2,0% im Jahr 2014. Im Euroraum betrug der Überschuss 3,7% im; die EU erzielte einen Überschuss von 2,0% (jeweils 2015). Den aktuellen Prognosen zufolge wird Österreich künftig weiterhin Leistungsbilanzüberschüsse ausweisen.

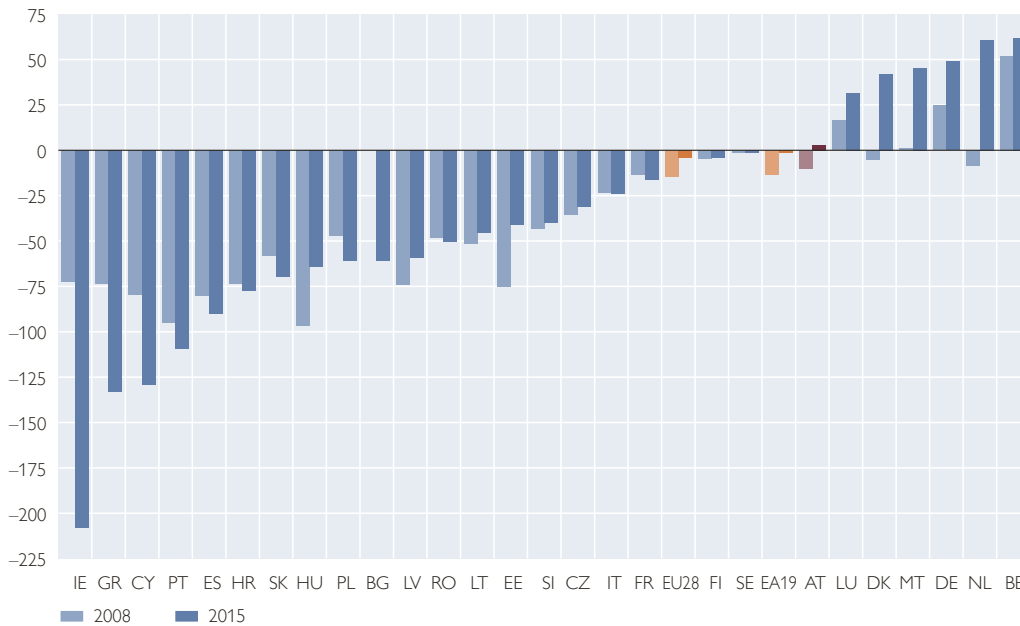
Österreichs Nettoverschuldung im Ausland rückläufig

Aufgrund der anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse konnte Österreich seine negative internationale Vermögensposition (Nettoverschuldung im Ausland) in den letzten Jahren sukzessive verbessern und im Jahr 2015 einen Überschuss in Höhe von 9,9 Mrd EUR (2,9% des nominellen BIP) verzeichnen. Die Nettoverschuldung des Euroraums lag bei 1,1%, die der EU bei 4,2%.

Grafik 10

Nettoversmögensposition (NVP)

in % des BIP



Quelle: Eurostat, EZB (SDW).

Anmerkung: EU 2008 ohne BG und UK, 2015 ohne UK; EA=Euroraum.

1.3 Österreichs Budgetdefizit und Schuldenstand werden stark von Sonderfaktoren beeinflusst

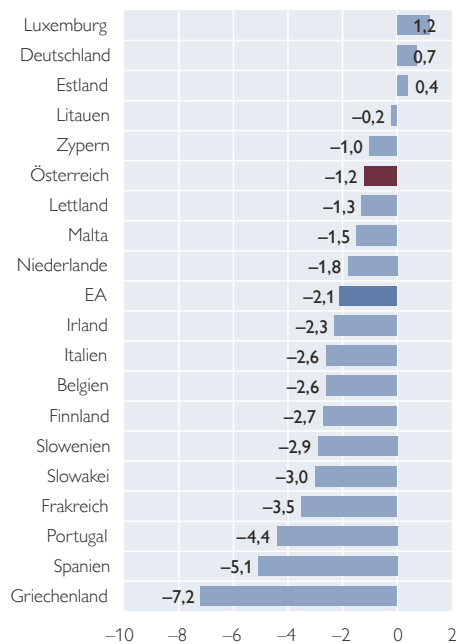
2015 verbesserte sich der Budgetsaldo auf -1,0% des BIP. Dies war vor allem bedingt durch einen starken Rückgang der Vermögenstransfers an Banken (HETA/Hypo Alpe Adria International) und durch ein starkes Wachstum der Steuereinnahmen. Für 2016 muss allerdings aufgrund der Steuerreform und des Anstiegs der Ausgaben für Flüchtlinge mit einer gewissen Verschlechterung gerechnet werden.

Grafik 11

Budgetsalden der EU-Mitgliedstaaten 2015

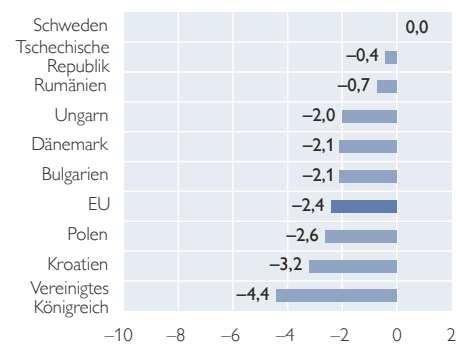
Euroraum

in % des BIP



Nicht-Euroraum

in % des BIP



Quelle: Eurostat.

Anmerkung: EA=Euroraum.

Der deutliche Anstieg der Schuldenquote auf 86,2% des BIP im Jahr 2015 (2014: 84,3% des BIP) ist vor allem auf die Verschuldung (aber nicht das Defizit) erhöhende Transaktionen im Zusammenhang mit staatlichen „bad banks“ zurückzuführen. 2016 sollte die graduelle Schrumpfung dieser Abbaubanken zu einem Rückgang der Schuldenquote beitragen.

Österreich übererfüllte 2015 das mittelfristige Haushaltsziel („präventiver Arm“)

Nach der Beendigung des ÜD-Verfahrens im Frühjahr 2014 gelten für Österreich nun die Vorgaben im Rahmen des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Hier gilt für Österreich ein Zielwert (Medium-Term Objective) für den strukturellen Budgetsaldo von -0,45% des BIP. 2015 hat Österreich dieses Ziel, mit einem ausgeglichenen Budgetsaldo, klar übererfüllt.

Da Österreich sich zum Zeitpunkt der Operationalisierung des Schuldenkriteriums (Ende 2011) in einem ÜD-Verfahren befand, greift die neue „1/20“-Regel erst ab 2017. In der Übergangsphase muss Österreich sicherstellen, dass es bis 2016 einen strukturellen Saldo aufweist, der mit der Erfüllung der „1/20“-Benchmark konsistent ist. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission erfüllt Österreich nach derzeitigem Stand diese Vorgabe.

Tabelle 1

Anforderungen im Rahmen der europäischen Fiskalregeln

	Stand	2011	2012	2013	2014	2015	Quelle	Anforderung
		<i>in % des BIP</i>						
Budgetsaldo	Sep. 2016	-2,6	-2,2	-1,3	-2,7	-1,0	Statistik Austria	>= -3% des BIP
Schuldenstand	Sep. 2016	82,2	81,6	80,8	84,4	85,5	Statistik Austria	ab 2017: Reduktion der Differenz zu 60 % durchschnittlich um 1/20 pro Jahr
Struktureller Saldo	Mai 2016	-2,5	-1,8	-1,2	-0,7	-0,0	EK	MTO (Zielwert) beträgt -0,45% des BIP

Quelle: Statistik Austria, Europäische Kommission (EK).

Österreich behauptet sich im Vergleich zu den europäischen Peer-Ländern

Aufgrund schwieriger (zumeist externer) wirtschaftlicher Bedingungen haben die meisten europäischen Länder das international bestmögliche Rating AAA zuletzt verloren. Österreich hält weiterhin bei das AAA bei Moody's und DBRS, sowie das Rating AA+ bei Standard & Poor's und Fitch. Das hohe Vertrauen internationaler Anleger in die österreichische Wirtschaft zeigt sich in der Tatsache, dass österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit bis zu neun Jahren eine negative Rendite ausweisen. In der letzten Auktion (6. September 2016) mit einer Laufzeit bis Oktober 2023 lag die durchschnittliche Rendite bei -0,32 % p.a.

Aus den angeführten Gründen ist es sinnvoll, Österreich mit den drei größten Volkswirtschaften im Euroraum (Deutschland, Frankreich und Italien) sowie sechs Volkswirtschaften (die Niederlande, die Schweiz, Schweden, Belgien, Finnland und die Tschechische Republik), die von Größe und Struktur mit Österreich vergleichbar sind und sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraums liegen, zu vergleichen (Tabelle 2).

Tabelle 2

Österreich und europäische Peer-Länder im Vergleich

	DE	FR	IT	NL	CH	SE	BE	AT	FI	CZ
	<i>Reales BIP-Wachstum, Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
2016	1,7	1,3	0,8	1,7	1,0	3,6	1,4	1,4	0,9	2,5
2017	1,4	1,3	0,9	1,6	1,3	2,6	1,4	1,2	1,1	2,7
	<i>Konsumentenpreisindex, Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
2016	0,4	0,3	-0,1	0,1	-0,4	1,1	2,1	0,9	0,4	0,6
2017	1,5	1,0	0,5	0,9	0,0	1,4	1,6	1,5	1,2	1,9
	<i>Arbeitslosenquote, in % der Erwerbstätigen</i>									
2016	4,3	9,8	11,5	6,7	3,5	6,9	8,4	6,2	9,1	4,1
2017	4,5	9,6	11,2	6,5	3,4	6,7	8,3	6,4	8,9	4,1
	<i>Leistungsbilanzsaldo, in % des nominellen BIP</i>									
2016	8,6	-0,7	2,2	9,1	9,2	5,0	0,1	2,6	0,1	1,5
2017	8,1	-0,6	1,9	8,2	9,0	5,3	0,4	2,7	0,2	1,0

Quelle: IWF: World Economic Outlook, Oktober 2016.

Auf Basis der IWF-Herbstprognose vom Oktober 2016 weist Österreich im Jahr 2016 ein höheres BIP-Wachstum als Italien, die Schweiz und Finnland aus, bleibt jedoch hinter Deutschland, den Niederlanden, Schweden und der Tschechischen Republik zurück. Die Inflation bleibt im Jahr 2016 überdurchschnittlich. Mit einer erwarteten Arbeitslosenquote von rund 6¼% liegt Österreich im Mittelfeld der betrachteten Ländern. Beim Leistungsbilanzsaldo weist Österreich einen klar positiven Wert aus. Die Niederlande und Deutschland, aber auch die Schweiz erzielten einen hohen positiven Saldo. Einzig Frankreich weist einen geringfügig positiven Saldo aus, Finnland ein Defizit.

2 Trotz verbesserter Profitabilität und Kapitalisierung der österreichischen Banken gilt es, Reformprozesse weiter fortzusetzen

2.1 Profitabilität und Eigenmittelausstattung sollen weiter gestärkt werden

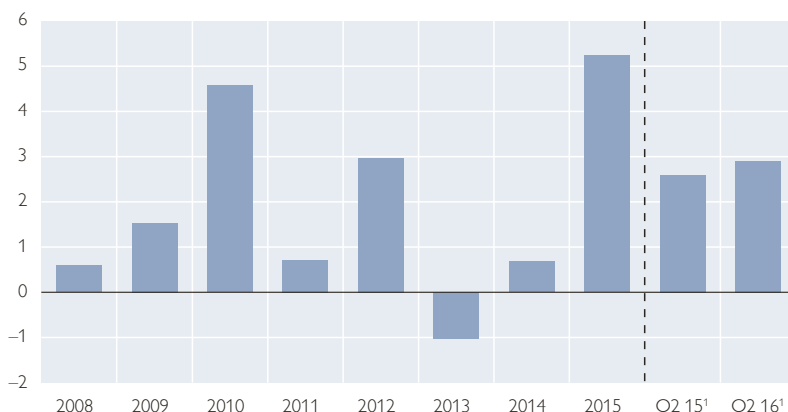
Erholung der konsolidierten Profitabilität aufgrund geringerer Kreditrisikovorsorgen und steigender CESEE-Gewinne

Die Profitabilität der österreichischen Banken hat sich 2015 deutlich erholt und erreichte mit 5,24 Mrd EUR den höchsten Wert seit 2008. Das Ergebnis des ersten Halbjahres 2016 erhöhte sich im Jahresvergleich um 10%. Zurückzuführen ist die gestiegene Profitabilität auf niedrigere Risikovorsorgen und Abschreibungen. Das Zinsergebnis, die wesentliche Profitabilitätskomponente der österreichischen Banken, blieb jedoch unter Druck. Der Rückgang wurde in Österreich durch die verringerte Bilanzsumme getrieben, während im Großteil der CESEE-Länder vornehmlich die Margen gesunken sind.

Grafik 12

Konsolidiertes Periodenergebnis der österreichischen Banken

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

¹ Q2-Daten nicht vergleichbar mit Jahresendwerten.

Das Niedrigzinsumfeld ist für die österreichischen Banken längerfristig eine Herausforderung, da sie stark über Einlagen finanziert sind. Die in Österreich traditionell niedrigen Zinsmargen bleiben dadurch unter Druck. Außerdem ist ihr auf ein dichtes Filialnetz aufgebautes Geschäftsmodell kostenintensiv, was die operative Effizienz belastet. Die negativen Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds werden erst allmählich sichtbar werden (Auslaufen höher verzinsten Aktiva und Passiva), weshalb für die betroffenen Finanzinstitute ein frühzeitiges Gegensteuern wichtig ist. Dem gegenüber sind die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds in CESEE weniger stark.

Angesichts des Niedrigzinsumfelds, des anhaltend schwachen Wirtschaftswachstums, der Kostenstruktur der Banken in Österreich sowie der in CESEE nach wie vor schwachen Kreditqualität sehen sich die Banken dazu angehalten, ihre Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln, um die operative Effizienz zu erhö-

Tabelle 3

Gewinn- und Verlust-Rechnung österreichischer Banken, konsolidiert

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Q2 15	Q2 16
<i>in Mrd EUR</i>										
Nettozinserträge	19,3	19,5	20,4	20,4	19,3	18,6	19,3	18,3	9,4	7,2
Einkünfte aus Gebühren und Provisionen	8,5	7,2	7,7	7,6	7,3	7,6	7,7	7,7	3,9	3,2
Handelsergebnis	-2,1	2,6	1,0	0,8	1,1	0,7	0,5	0,0	0,1	0,1
Betriebsergebnis	7,9	15,6	13,5	10,4	12,1	8,0	8,8	10,5	5,7	3,1
Ergebnis nach Steuern	0,6	1,5	4,6	0,7	3,0	-1,0	0,7	5,2	2,6	2,9

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Abspaltung eines wesentlichen Teilgeschäftsbereiches einer Großbank und der damit zusammenhängenden geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sind einzelne Aufwands- und Ertragspositionen im Halbjahresergebnis nur stark eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar sind.

hen. Dies ist wichtig, weil die Profitabilität maßgeblich zur Stärkung der Kapitalisierung beiträgt.

Kapitalisierung gestiegen – jedoch nach wie vor Aufholbedarf gegeben

Die Kapitalisierung der österreichischen Banken hat sich in den vergangenen Jahren durch eine Kombination aus zusätzlichem Kapital und reduzierten risikogewichteten Aktiva verbessert. Im ersten Quartal 2016 hatte das österreichische Bankensystem eine harte Kernkapitalquote und eine Kernkapitalquote in der Höhe von jeweils 12,8 % sowie eine Gesamtkapitalquote von 16,1 %.

Tabelle 4

Konsolidierte Kapitalquoten österreichischer Banken

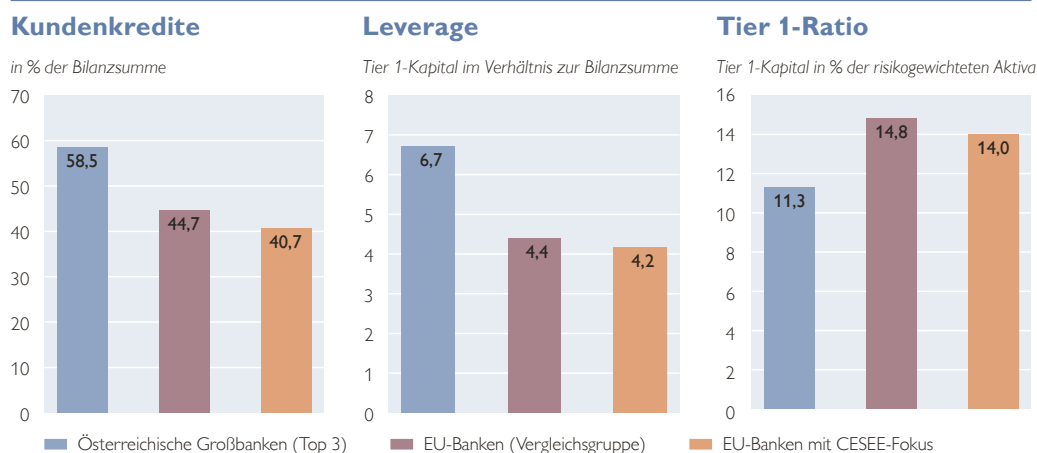
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Q1 16	
<i>in % der risikogewichteten Aktiva</i>										
Gesamtkapitalquote	11,0	12,8	13,2	13,6	14,2	15,4	15,6	16,3	16,1	
Kernkapitalquote: Tier 1 capital ratio	7,7	9,3	10,0	10,3	11,0	11,9	11,8	12,9	12,8	
Core tier 1 capital ratio (ab 2014: Core equity tier 1)	6,9	8,5	9,4	9,8	10,7	11,6	11,7	12,8	12,8	

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Da ab 2014 die Kennzahlen auf Basis der CRD IV kalkuliert werden. Die Kapitalquoten ab 2014 basieren auf CRD-IV-Definitionen, wodurch die Vergleichbarkeit mit früheren Werten eingeschränkt ist.

Dessen ungeachtet sind die Kapitalquoten der österreichischen Banken – verglichen mit europäischen Instituten mit CESEE-Fokus bzw. mit einem ähnlichen Geschäftsmodell – aber weiterhin unterdurchschnittlich, wenngleich die Leverage Ratio der österreichischen Großbanken aufgrund ihres Retail-Fokus derzeit deutlich besser ausfällt.

Grafik 13



Quelle: OeNB, BankScope.

Anmerkung: Gewichtete Durchschnitte per März 2016 oder letztverfügbar.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die OeNB die vom Finanzmarktstabilitätsgremium empfohlene Aktivierung eines Systemrisikopuffers und des Andere Systemrelevante Institute-Puffers², welche die Risikotragfähigkeit des österreichischen Bankensystems erhöhen und damit einen Beitrag zur Wahrung der Finanzmarktstabilität leisten. Die Puffer werden bis 2019 aufgebaut und betragen für einzelne Institute bis zu 2 % der risikogewichteten Aktiva.

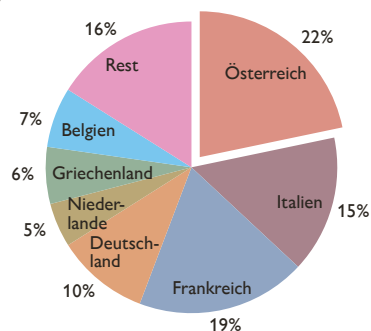
2.2 Auslandsgeschäft der österreichischen Banken nach wie vor auf CESEE fokussiert

Die konsolidierten Auslandsforderungen aller in Österreich ansässigen Banken lagen im ersten Quartal 2016 bei rund 495 Mrd EUR. Rund 66 % davon entfielen auf Länder in CESEE. Die österreichischen Banken hatten damit einen Anteil von rund einem Fünftel aller Forderungen der EU-15 Länder gegenüber dieser Region.

Grafik 14

Engagement der Banken aus den EU-15-Ländern in CESEE¹

Q1 16



Quelle: BIZ.

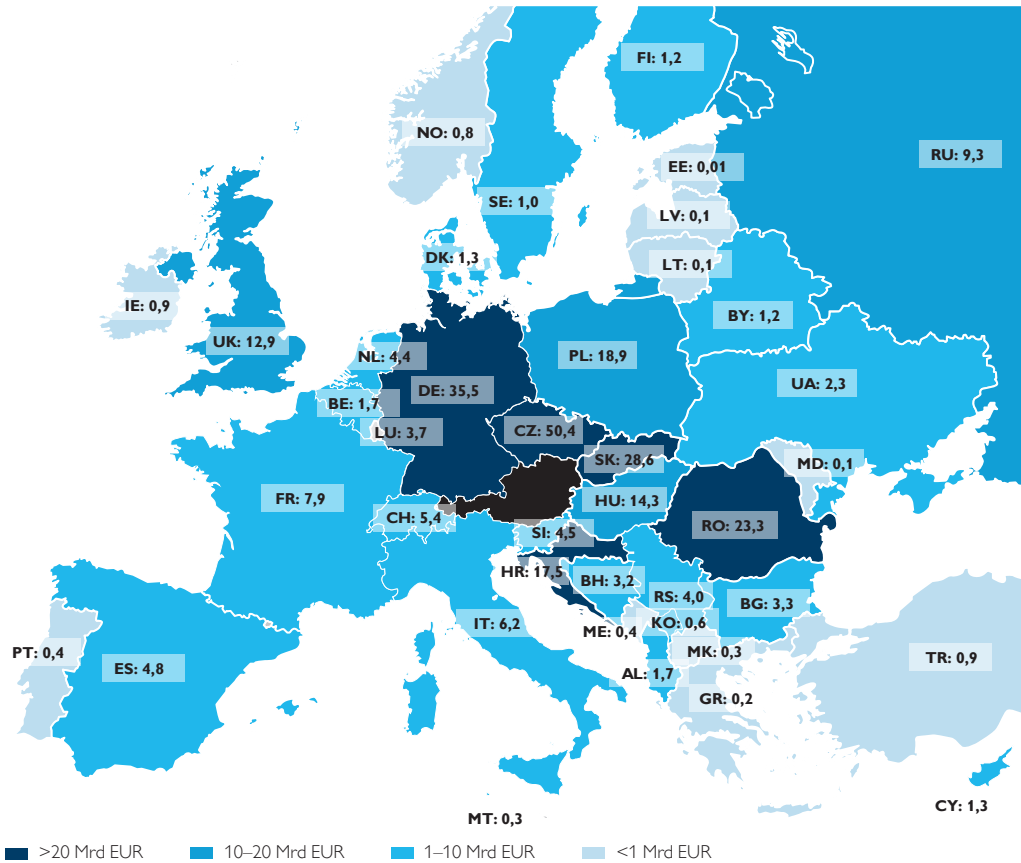
¹ Insgesamt: 853 Mrd EUR; Daten für Banken in mehrheitlich inländischem Besitz.

Das Engagement in den einzelnen Ländern in CESEE entwickelte sich seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 sehr unterschiedlich. Während die Forderungen gegenüber der Tschechien, der Slowakei und der Türkei deutlich ausgeweitet wurden, reduzierten sich die Auslandsforderungen nach einem starken Anstieg gegenüber Russland sowie gegenüber Rumänien, Ungarn und der Ukraine. In einigen Ländern war der Rückgang durch Verkäufe von Tochterbanken (z. B. Ukraine und Rumänien), aber auch durch politische (z. B. Ungarn) oder geopolitische (z. B. Russland) Einflussfaktoren getrieben.

² <https://www.fmsg.at/publikationen/presseaussendungen/fuenfte-sitzung.html>

Konsolidierte Auslandsforderungen österreichischer Banken¹

EUR billion



Quelle: OeNB, Q1 16.

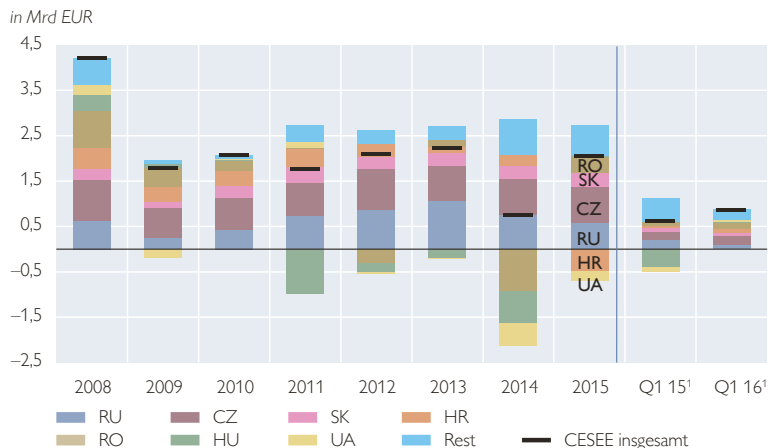
¹ In mehrheitlich inländischem Besitz befindliche Banken.

Deutliche Verbesserung der Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE

Die Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE hat sich im ersten Quartal 2016 deutlich verbessert. Der Gewinn ist gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres um 41 % auf 0,9 Mrd EUR gestiegen. Wesentliche Gewinnbeiträge kamen wie auch schon zuvor von den österreichischen Tochterbanken in Tschechien, in Russland, in der Slowakei und der Türkei. Während die Periodenergebnisse in der Tschechischen Republik und der Slowakei in den letzten Jahren auf gleichem Niveau blieben, sank das Periodenergebnis in Russland. In Rumänien wurden nach jahrelangen starken Schwankungen erstmals wieder Gewinne verzeichnet. In Kroatien verbuchten die österreichischen Tochterbanken – nachdem 2015 ein deutlich negatives Ergebnis zu verzeichnen war – wieder einen Gewinn.

Grafik 16

Periodenergebnis österreichischer Tochterbanken in CESEE



Quelle: OeNB. Die Tochterbanken der UniCredit Bank Austria, welche im Zuge der laufenden Umstrukturierung 2016 zur UniCredit S.p.A. transferiert werden, sind inkludiert.

¹ Q1-Daten sind nicht mit Jahresendwerten vergleichbar.

2.3 Makroprudenzielle Maßnahmen tragen zur Finanzmarktstabilität bei

Wirkung der bereits gesetzten aufsichtlichen makroprudenziellen Maßnahmen zu Fremdwährungskrediten und zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle von Großbanken

In Österreich wurden bereits frühzeitig Maßnahmen makroprudenzieller Art gesetzt: Seit 2003 gibt es Mindeststandards für die Neuvergabe von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten. Die Maßnahmen wurden maßgeblich im Oktober 2008 (FMA-Empfehlung) und im Jahr 2010 (Guiding Principles CESEE und Erweiterung der FMA-Mindeststandards) verschärft.

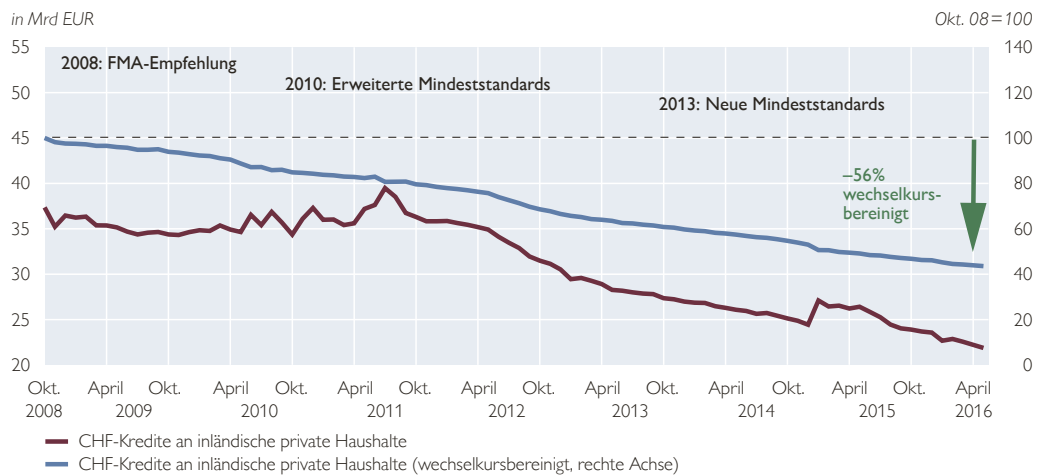
Seit Beginn 2015 hat sich das bei österreichischen Banken aushaftende Volumen von Fremdwährungskrediten am Heimatmarkt weiter verringert. Das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen gegenüber allen inländischen Nichtbanken belief sich im Mai 2016 auf 32,4 Mrd EUR. Davon entfiel mit 22,7 Mrd EUR der mit Abstand größte Teil auf private Haushalte (hievon 96 % in Schweizer Franken).

Trotz des rückläufigen Fremdwährungskreditvolumens in den letzten Jahren sind die Risiken aus der Vergabe von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten nach wie vor vorhanden, da etwa drei Viertel aller Fremdwährungskredite an private Haushalte endfällig und an Tilgungsträger geknüpft sind.

Im März 2012 veröffentlichten OeNB und FMA die aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken. Das Nachhaltigkeitspaket zielt im Wesentlichen darauf ab, die Refinanzierungsstruktur der ausländischen Tochterbanken ausgewogener zu gestalten, d. h. eine stabile lokale Refinanzierung zu stärken und die Eigenkapitalbasis der betroffenen Großbanken zu erhöhen. Zudem sind die betroffenen Banken angehalten, adäquate Sanierungs- und Abwicklungspläne für etwaige Krisensituationen zur Verfügung zu halten.

Grafik 17

Schweizer Franken-Kredite an private Haushalte in Österreich

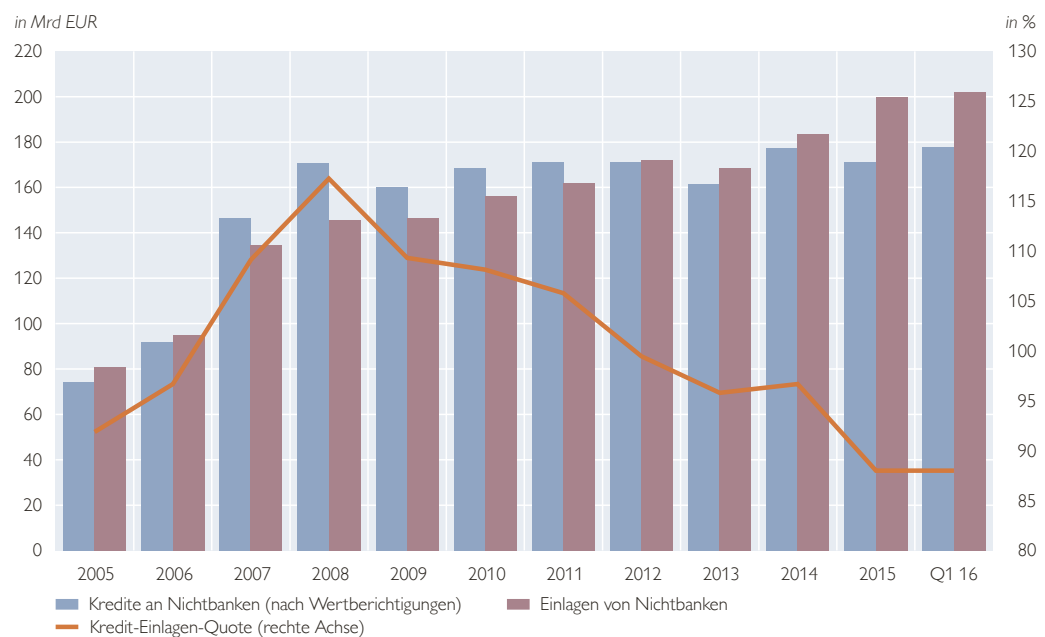


Quelle: OeNB.

Durch das Nachhaltigkeitspaket verbesserte sich die lokale Refinanzierungssituation der österreichischen Tochterbanken in CESEE. Die Kredit-Einlagen-Quote sank von 117% im Jahr 2008 auf 88% per März 2016, was hauptsächlich auf den Anstieg der Spareinlagen von lokalen Nichtbanken um etwa 40% zurückzuführen ist. Das Kreditwachstum wird also verstärkt auf lokaler Basis refinanziert.

Grafik 18

Kredit- und Einlagenentwicklung der österreichischen Tochterbanken in CESEE



Quelle: OeNB.

Neue makroprudenzielle Instrumente im Immobilienkreditbereich

Während eine Überbewertung der Immobilienpreise vor allem in Wien festgestellt werden kann, konnte in Zeiten der stärksten Immobilienpreisanstiege in der Vergangenheit kein damit verbundenes übermäßiges Kreditwachstum beobachtet werden. Wohnbaukredite sind jedoch das Kreditsegment mit den höchsten Wachstumsraten in Österreich seit der Finanzkrise, wenngleich der Anstieg im Vergleich zu den Jahren vor der Finanzkrise noch moderat ist. Ein Strukturwandel angesichts des niedrigen Zinsumfeldes und der kontinuierlich steigenden Immobilienpreise, der mit einer nicht-nachhaltigen Kreditvergabe und einer Lockerung der Kreditvergabestandards einhergehen könnte, kann jedoch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund sieht das Finanzmarktstabilitätsgremium die präventive Erweiterung des makroprudenziellen Instrumentenkastens, wie Begrenzungen der Beleihungsquote, der Verschuldungsquote oder der Schuldendienstquote bei Neuvergabe von Krediten als notwendig an, um bei einem mit systemischen Risiken behafteten Immobilienpreisboom handlungsfähig zu sein. Ein entsprechender Hinweis wird dem Bundesminister für Finanzen zur Verfügung gestellt werden.

2.4 Moody's Ausblick für österreichische Banken angehoben

Die Ratingagentur Moody's hat den seit 2009 auf „negativ“ gesetzten Ausblick für das österreichische Bankensystem am 23. August 2016 auf „stabil“ angehoben. Diese positivere Einschätzung ist in erster Linie auf das rückläufige Engagement der österreichischen Banken in CESEE zurückzuführen, wodurch eine Stabilisierung der Risiken betreffend die Aktiva-Qualität erwartet wird. Insbesondere haben die österreichischen Banken ihr Exposure in Ländern mit erhöhten politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten, wie Ukraine, Russland, Ungarn und Kroatien reduziert, während zeitgleich die Aktivitäten in den stabilen österreichischen Nachbarstaaten der Tschechischen Republik und der Slowakei verstärkt wurden. Des Weiteren begründet Moody's die positivere Einschätzung der österreichischen Banken mit der erwarteten Verbesserung der Kapitalisierung. Dazu trägt neben dem weiteren erwarteten Rückgang an risikogewichteten Aktiva auch die graduelle Einführung makroprudenzieller Kapitalpuffer bei. In Bezug auf die Profitabilität der österreichischen Banken erwartet Moody's eine stabile Entwicklung in Österreich und im Großteil der CESEE-Länder (mit Ausnahme von Russland).

2.5 Jüngste Entwicklungen bei der HETA Asset Resolution AG

Die Finanzmarktaufsicht Österreichs (FMA) hat am 10. April 2016 in ihrer Funktion als nationale Abwicklungsbehörde auf Basis des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) per Mandatsbescheid die Eckdaten der weiteren Abwicklung der HETA ASSET RESOLUTION AG (HETA) erlassen. Die wesentlichsten Maßnahmen sind:

- ein Schuldenschnitt von 100% für alle nachrangigen Verbindlichkeiten,
- ein Schuldenschnitt um 53,98% für alle berücksichtigungsfähigen vorrangigen Verbindlichkeiten,
- die Streichung aller Zinszahlungen ab 1. März 2015, als die HETA unter Abwicklung gemäß BaSAG gestellt worden ist,
- sowie eine Vereinheitlichung der Fälligkeiten aller berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten auf 31. Dezember 2023.

Am 6. September 2016 hat der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (K-AF) den Inhabern landesbehafteter HETA-Schuldtitel ein Rückkaufangebot unterbreitet. Das Angebot sieht vor, dass sowohl Vorrang- als auch Nachrang-Gläubiger der HETA ihre Schuldtitel mit Abschlägen (25 % bzw. 70 %) sofort in Bar abgelöst bekommen können. Alternativ dazu wird Vorrang-Gläubigern die Möglichkeit eingeräumt, ihre Schuldtitel in eine Nullkupon-Anleihe des K-AF (voraussichtliche Laufzeit 18 Jahre), die von der Republik Österreich garantiert wird, umzutauschen. Inhaber nachrangiger Anleihen können diese in langfristige, von der Republik begebene, Nullkupon-Schuldscheindarlehen umtauschen.

Der K-AF fungiert als reines Abwicklungsvehikel dieses Angebots, er verfügt praktisch über kein eigenes Vermögen. Vielmehr sollen die Gläubiger vorwiegend über einen Beitrag des Landes Kärnten iHv 1,2 Mrd EUR und den Erlösen aus der Abwicklung der HETA befriedigt werden. Das vorgelegte und bis 7. Oktober 2016 befristete Angebot gilt als angenommen, wenn es von zwei Drittel der Gläubiger (gemessen am kumulierten Gesamtnominale aller betroffener Forderungen) angenommen wird, wobei aber auch die Zustimmung von zumindest je einem Viertel der Vorrang- und Nachrang-Gläubiger (gemessen am jeweiligen Gesamtnominale) erforderlich ist.

2.6 Bankenunion: Harmonisierung aufsichtlicher Agenden schreitet voran

Zusammenarbeit zwischen EZB und nationalen Aufsichtsbehörden im Einheitlichen Aufsichtsmechanismus hat sich bewährt

Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) zielt darauf ab, Sicherheit und Zuverlässigkeit des europäischen Bankensystems zu gewährleisten und einen Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems in der EU zu leisten. Zudem gibt die EZB der auf unionsweit einheitlichem Regelwerk (Single Rulebook) basierenden Bankenunion den Aufsichtsrahmen für Banken durch das Aufsichtshandbuch des SSM (SSM Supervisory Manual) sowie durch Verordnungen, Leitlinien, Empfehlungen und Weisungen vor und verantwortet einen einheitlichen und wirksamen Aufsichtsmechanismus.

Die EZB ist im Rahmen des SSM seit 4. November 2014 für die Beaufsichtigung sämtlicher Banken im Euroraum zuständig. In der laufenden Aufsichtspraxis teilen sich jedoch die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden die Aufgaben bei der Durchführung der Aufsicht. Demnach verantwortet die EZB die direkte Beaufsichtigung von bedeutenden Kreditinstituten (Significant Institutions, SIs) durch die gemeinsamen Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams, JSTs). Die Leitung des JST erfolgt durch einen JST-Koordinator der EZB sowie durch nationale Subkoordinatoren der Aufsichtsbehörden jener SSM-Länder, in denen die beaufsichtigte Kreditinstitutsgruppe tätig ist (in Österreich: je ein Subkoordinator von FMA und OeNB). Des Weiteren umfasst das JST ein Expertenteam, das von der EZB und den nationalen Aufsichtsbehörden beschickt wird. Das JST trägt somit die Verantwortung für die inhaltliche Aufbereitung und Umsetzung sämtlicher Aufsichtsentscheidungen und deckt damit sowohl die wirtschaftliche als auch die rechtliche Komponente der Aufsichtstätigkeit ab.

Die Beaufsichtigung der weniger bedeutenden Kreditinstitute (Less Significant Institutions, LSIs) erfolgt grundsätzlich durch die jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden (National Competent Authorities, NCAs) und wird nach dem

Grundsatz der Proportionalität durchgeführt. Demnach hängen die Intensität der Überwachung sowie der Umfang der Berichterstattungs- und Beaufsichtigungsverpflichtungen der NCAs gegenüber der EZB von der systemischen Bedeutung und vom Risikoprofil des jeweiligen LSIs ab. Derzeit fallen acht österreichische Banken in die höchste („high priority“) der drei vorgesehenen Beaufsichtigungsstufen.

Derzeit gelten 129 Bankengruppen als bedeutend, davon 8 in AT³. Die EZB überprüft mindestens einmal jährlich, ob Kreditinstitute als bedeutend oder weniger bedeutend einzustufen sind.⁴

Zu den wichtigsten Aktivitäten des SSM zählt die jährliche Durchführung des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) und die damit zusammenhängende Vorschreibung harmonisierter SREP-Kapitalquoten. Im vergangenen Jahr wurde der SREP erstmals nach einer einheitlichen Methodik – noch vor Inkrafttreten der EBA-Leitlinien⁵ am 1. Jänner 2016 – für die bedeutenden Bankengruppen durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde die SREP-Methodik zur Kapitalfestsetzung für 2016 verfeinert und soll auch in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden, um eine angemessene und vorausschauende Evaluierung der Geschäftstätigkeit und Risiken der Banken zu gewährleisten. Der aktuelle SREP-Prozess befindet sich in der Endphase und die EZB wird in den kommenden Wochen die individuellen SREP-Beschlüsse an die bedeutenden Banken übermitteln.

Mit 1. Jänner 2016 haben sich die nationale Aufsichtsbehörden (so auch AT: FMA/OeNB) verpflichtet, auch die weniger bedeutenden Institute nach der neuen EBA-Methodologie einheitlich zu bewerten und zu überprüfen. Vor diesem Hintergrund erarbeiteten die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden eine harmonisierte SREP-Methodik für weniger bedeutende Institute, um einheitliche Aufsichtsprozesse und gleiche Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen. Die FMA plant noch in diesem Jahr die ersten Bescheide zu erlassen.

Die EZB hat für 2016 folgende aufsichtliche Arbeitsschwerpunkte festgelegt: Risiken im Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell und der Ertragskraft, Kreditrisiko, Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, Risk Governance und der Datenqualität sowie Liquidität. Zudem startete Ende des Vorjahres ein Projekt zur gezielten Überprüfung interner Modelle (Targeted Review of Internal Models, TRIM), mit dem Ziel die Praxis der Modellaufsicht im SSM in den nächsten drei Jahren zu vereinheitlichen.

Kürzlich forderte die EZB die bedeutenden Banken im Euroraum auf, das Volumen der notleidenden Kredite auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund wurde am 12. September 2016 ein Leitfaden für Banken zum

³ Erste Group Bank AG, Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH („RZB“), Raiffeisenbankengruppe OÖ, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien, Promontoria Sacher Holding N. V. („Bawag“), Volksbank Wien AG, VTB Bank (Austria) AG, Sberbank Europe AG.

⁴ Liste bedeutender beaufsichtigter Unternehmen und Lister weniger bedeutender Institute. https://www.bankingsupervision.europa.eu/ecb/pub/pdf/intro_list_sse_160531.de.pdf?abae5958d2fc8ac6033bc912966d251d.

⁵ Leitlinie zu gemeinsamen Verfahren und Methoden für den aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (SREP): [https://www.eba.europa.eu/documents/10180/1051392/EBA-GL-201413+GL+on+Pillar+2+\(SREP\)%20-+DE.pdf/5d63aad3-5b03-4301-b1c9-174e3670ad66](https://www.eba.europa.eu/documents/10180/1051392/EBA-GL-201413+GL+on+Pillar+2+(SREP)%20-+DE.pdf/5d63aad3-5b03-4301-b1c9-174e3670ad66)

Umgang mit notleidenden Krediten veröffentlicht, der bis zum 15. November 2016 einer öffentlichen Konsultation⁶ unterliegt. Bereits die Ergebnisse der umfassenden Bewertung der Bilanzaktiva (Comprehensive Assessment) 2014, die im Vorfeld des operativen Inkrafttretens des SSM durchgeführt wurden, zeigten, dass einige Banken sehr hohe Bestände an notleidenden Krediten in ihren Büchern stehen hatten.

Kasten 2

EBA-Stresstest bringt für die beiden teilnehmenden österreichischen Banken die erwarteten Ergebnisse

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 29. Juli 2016 die Ergebnisse ihres aktuellen Stresstests veröffentlicht. Die Stresstestergebnisse stellen einen wesentlichen Beitrag zu höherer Transparenz im europäischen Bankensektor dar. Unter den 51 bedeutendsten grenzüberschreitend tätigen Banken des Europäischen Wirtschaftsraumes, die einer strengen Stresssimulation unterzogen wurden, befanden sich auch die beiden österreichischen Institute Erste Group Bank AG (EGB) sowie Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB).

Die Auswirkungen des adversen Stressszenarios auf die Eigenkapitalausstattung liegen mit einem Minus von rund 4 Prozentpunkten in etwa im Durchschnitt aller beteiligten Banken. Somit liegt die Kapitalausstattung auch nach der strengen Stresssimulation bei beiden Banken über der Benchmark von 5,5 % hartem Kernkapital, die seitens der Aufsicht im Rahmen der Umfassenden Überprüfung (Comprehensive Assessment) 2014 vorgegeben war (EGB: 8,2 % Kernkapital (Common Equity Tier-1, CET-1); RZB: 6,1 % CET-1). Das Ergebnis fiel – u.a. wegen der niedrigeren Ausgangskapitalisierung der beiden Banken – im Rahmen der Erwartungen der Aufsicht aus.

Der Stresstest zeigt, wie wichtig es war, die österreichischen Banken über die letzten Jahre zu einer deutlichen Stärkung der Eigenkapitalbasis zu drängen. Seit dem Stichtag für den Stresstest (Dezember 2015) wurden zudem bereits zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis gesetzt. Weitere Schritte sind in Vorbereitung.

Das hypothetische Szenario, das dem Stresstest zugrunde lag, bezog sich auf einen Einbruch des Wirtschaftswachstums, negative Entwicklungen der Wechselkurse und – insbesondere für die österreichischen Banken relevant – sehr pessimistische Annahmen über die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas. Bei einem Stresstest handelt es sich daher nicht um eine Prognose, sondern um die Simulation der Auswirkungen einer schockartigen Krise auf Banken. Die Bank Austria wurde als drittes österreichisches Institut im EBA Stresstest indirekt über ihre italienische Mutter UniCredit erfasst.

Die Stresstestergebnisse fließen in die aufsichtliche Beurteilung der Eigenkapitalsituation der betroffenen Banken ein.

Im Gegensatz zu früheren Stresstests gibt es keinen offiziellen Schwellenwert für das Bestehen. Dennoch werden die Ergebnisse des Stresstests von der Aufsicht im sogenannten „Säule-2 Prozess“ berücksichtigt. Die Aufsicht wird neben den bestehenden Säule-2-Kapitalanforderungen nun erstmals auch Kapitalempfehlungen aussprechen, in die sowohl die Ergebnisse des Stresstests als auch von den Banken zwischenzeitlich getroffenen Gegenmaßnahmen einfließen. Während von den Banken erwartet wird, dass sie die Vorgaben der Säule-2-Empfehlungen jederzeit erfüllen, führt eine Verletzung nicht automatisch zu Maßnahmen, wie etwa einem Dividendenauszahlungstopp. Die Aufsicht analysiert hingegen Gründe hierfür eingehend und legt gegebenenfalls spezifische aufsichtliche Maßnahmen fest. Die Säule-2-Empfehlungen sind somit für die Begrenzung des ausschüttungsfähigen Höchstbetrags (Maximum Distributable Amount) nicht relevant.

⁶ <https://www.bankingsupervision.europa.eu/legalframework/publiccons/html/npl.en.html>.

In diesem Säule-2-Prozess werden alle von der Europäischen Zentralbank direkt beaufsichtigten Institute einbezogen. In Österreich sind dies neben RZB und EGB zusätzlich „BAWAG“, die Raiffeisenlandesbanken für Ober- und Niederösterreich, die Sberbank, die Volksbank Wien sowie die VTB. Diese Institute wurden ebenfalls dem Stresstest unterzogen, deren Ergebnisse wurden jedoch nicht veröffentlicht

¹ Institutionswortlaut Promontoria Sacher Holding N. V..

Einheitlicher Abwicklungsmechanismus vollumfänglich umgesetzt

Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) ist ein System für die wirksame und effiziente Abwicklung ausfallender bzw. ausfallgefährdeter Kreditinstitute. Institutionell baut er auf dem Ausschuss für die Einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board, SRB) und dem Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) auf. Der SRB ist seit 1. Jänner 2016⁷ operativ tätig und übernahm besondere Aufgaben im Zusammenhang mit der Abwicklungsplanung (einschließlich Beurteilung und Herstellung der Abwicklungsfähigkeit) sowie der konkreten Abwicklung von Kreditinstituten, die von einem Ausfall betroffen oder bedroht sind. Wie beim SSM wird es auch innerhalb des SRM zu einer Arbeitsteilung zwischen dem SRB und den nationalen Abwicklungsbehörden kommen. Der SRB wird für jene Banken zuständig sein, die entweder direkt von der EZB beaufsichtigt werden, grenzüberschreitend tätig sind oder die Mittel aus dem SRF beanspruchen.

Auch in den Fällen der direkten Zuständigkeit des SRB besteht für die nationalen Abwicklungsbehörden die Verpflichtung, den Ausschuss bei der Planung und Durchführung der von ihm gefassten Abwicklungsbeschlüsse zu unterstützen. Zur Sicherstellung der reibungslosen Zusammenarbeit von SRB, FMA (zuständige Abwicklungsbehörde in Österreich) und OeNB wurden im Rahmen der Kompetenzverteilung im SRM-Regime entsprechende Anpassungen in den nationalen Zuständigkeitsregelungen des Bundesgesetzes für Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) vorgenommen. Das BaSAG regelte bislang (anders als beispielsweise das BWG) keine allgemeinen Ermittlungsbefugnisse der Abwicklungsbehörde, sondern legte nur spezifische, auf bestimmte Situationen eingegrenzte Ermittlungsbefugnisse fest. Nunmehr werden auch für die Abwicklungsbehörde solche allgemeinen Auskunfts-, Informationseinholungs- und Einschaubefugnisse festgelegt. Darüber hinaus wird der Abwicklungsbehörde die Möglichkeit zur Durchführung von Vor-Ort-Prüfungen eröffnet, wobei sie diese selbst durchführen kann oder alternativ geeignete Sachverständige bzw. die OeNB mit der Durchführung beauftragen kann. Die FMA arbeitet bei spezifischen Fragestellungen eng mit der OeNB zusammen, was dem dualen Aufsichtssystem entspricht.

Neben dem SRB wird im Rahmen des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus auch der SRF geschaffen. Eigentümer des SRF ist der SRB, der diesen auch verwaltet. Der SRF wird seit 1. Jänner 2016 durch finanzielle Beiträge der Kreditinstitute gespeist; die individuelle Beitragshöhe errechnet sich auf Basis der Größe

⁷ Das SRB hat bereits im Jänner 2015 seine Tätigkeit aufgenommen, denn die Bestimmungen zur Vorbereitung der Abwicklungsplanung, zur Einholung von Informationen und zur Zusammenarbeit mit den nationalen Abwicklungsbehörden sind seit 1. Jänner 2015 anwendbar.

und des Risikoprofils des jeweiligen Kreditinstituts. Bis 2024 soll die Zielausstattung von 1 % der gedeckten Einlagen aller in den teilnehmenden Mitgliedstaaten zugelassenen Kreditinstitute erreicht werden. Zu diesem Zweck wurden im BaSAG flankierende Bestimmungen eingeführt, die entsprechende Befugnisse der Abwicklungsbehörde für die Einhebung der Beiträge sowie deren Übertragung auf den SRF vorsehen.

Zu Beginn der Aufbauphase ist der SRF noch in nationale Kammern unterteilt und wird schrittweise bis 2024 zu einem einheitlichen Fonds zusammengeführt. Die Übertragung der nationalen Beiträge auf den einheitlichen Abwicklungsfonds ist nicht in der SRM-VO⁸ selbst, sondern in einer zwischenstaatlichen Vereinbarung geregelt. Die Vereinbarung konnte rechtzeitig bis Ende 2015 von einer ausreichenden Anzahl teilnehmender Mitgliedstaaten ratifiziert werden und findet somit planmäßig seit 1. Jänner 2016 Anwendung.

Einheitliches Europäisches Einlagensicherungssystem an Voraussetzungen geknüpft

Die Europäische Kommission hat im November 2015 einen Vorschlag für ein einheitliches Europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) veröffentlicht. EDIS wird auf den gemäß Einlagensicherungsrichtlinie (Deposit Guarantee Scheme Directive, DGSD) harmonisierten nationalen Einlagensicherungssystemen⁹ aufbauen. Der einzelne Einleger genießt weiterhin denselben Schutz in Höhe von maximal 100 Tsd EUR pro Bank. EDIS soll schrittweise errichtet werden und ab 2024 voll wirksam sein.

EDIS soll ohne Ausnahme alle Banken umfassen, die dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) unterliegen und vom SRB verwaltet werden. Dieser hat auch über die Verwendung der EDIS-Mittel und über allfällige Kreditaufnahmen des EDIS zu entscheiden. Im Endausbau bis Juli 2024 soll das EDIS-Fondsvolumen nach aktuellen Berechnungen 43 Mrd EUR betragen.

Ein einheitliches europäisches Einlagensicherungssystem ist grundsätzlich zu begrüßen. Damit würde einerseits die auf drei Säulen beruhende Bankenunion nach Übernahme der Aufsichtsverantwortung für alle Kreditinstitute durch die EZB im Rahmen des SSM im November 2014 und des seit Jahresbeginn 2016 vollumfänglichen Wirkens des SRM vollendet sein. Andererseits sind jedoch vor Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems noch umfassende Vorarbeiten zur Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen, wie beispielsweise die Harmonisierung der nationalen Insolvenzregime und weiterer Maßnahmen zur Risikoreduzierung innerhalb des europäischen Bankensystems zu leisten. Bis dahin kommt den gemäß Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG) neu aufgestellten nationalen Einlagensicherungssystemen eine zentrale Rolle zu.

⁸ Verordnung zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus – VO (EU) 806/2014.

⁹ Die Richtlinie über Einlagensicherungssysteme – RL 2014/49/EU wurde in Österreich durch das Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten (ESAEG) umgesetzt.

3 Tabellenanhang

Tabelle A1

(Prognose: Eurosystem, OeNB, Juni 2016)

BIP real¹

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	3,6	1,5	-3,8	1,9	2,8	0,7	0,1	0,6	1,0	1,4	1,2
Euroraum	3,0	0,4	-4,5	2,1	1,5	-0,9	-0,3	1,1	2,0	1,7	1,5
EU	3,0	0,4	-4,4	2,1	1,7	-0,5	0,2	1,5	2,2	1,4	1,2

Verbraucherpreisindizes¹

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	2,2	3,2	0,4	1,7	3,6	2,6	2,1	1,5	0,8	0,9	1,5
Euroraum	2,1	3,3	0,3	1,6	2,7	2,5	1,4	0,4	0,0	0,3	1,1
EU	2,3	3,7	1,0	2,1	3,1	2,6	1,5	0,5	0,0	0,9	1,5

Arbeitslosenquoten¹

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in % der Erwerbstätigen										
Österreich	4,9	4,1	5,3	4,8	4,6	4,9	5,3	5,6	5,7	6,2	6,4
Euroraum	4,6	4,7	5,9	6,3	6,3	7,2	7,6	7,4	6,9	10,0	9,7
EU	4,5	4,4	5,6	6,0	6,1	6,7	6,9	6,5	6,0	x	x

Leistungsbilanzsalden¹

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP										
Österreich	3,8	4,5	2,6	2,9	1,6	1,5	2,0	1,9	2,5	2,6	2,7
Euroraum	0,3	-0,6	0,4	0,4	0,6	1,9	2,5	3,0	3,6	3,3	3,0
EU	-0,4	-1,3	-0,1	0,0	0,3	1,0	1,5	1,6	2,0	x	x

Budgetsalden¹

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP										
Österreich	-1,3	-1,4	-5,3	-4,4	-2,6	-2,2	-1,3	-2,7	-1,2	-1,6	-1,5
Euroraum	-0,6	-2,2	-6,3	-6,2	-4,2	-3,7	-3,0	-2,6	-2,1	-2,1	-1,7
EU	-0,9	-2,4	-6,7	-6,4	-4,5	-4,3	-3,3	-3,0	-2,4	x	x

Staatsschuldenquoten¹

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in % des BIP										
Österreich	64,8	68,5	79,7	82,3	82,2	81,6	80,8	84,3	86,2	x	x
Euroraum	65,1	68,7	78,5	84,0	86,1	89,5	91,3	92,2	90,8	91,9	91,1
EU	57,8	60,9	73,0	78,5	81,0	83,8	85,5	86,8	85,2	x	x

Quelle: Eurostat, OeNB, EZB.

¹ 2016 bis 2017: Prognose des IWF, April 2016.

Anmerkung: x = Daten nicht verfügbar.

Tabelle A2

Zinszahlungen des Staates¹

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	3,1	3,1	3,0	3,2	2,9	2,8	2,7	2,6	2,5	2,4

Quelle: Statistik Austria.

¹ Zinszahlungen laut budgetärer Notifikation (Maastricht-Definition), d. h. unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Swaps.

Tabelle A3

Verschuldung der Haushalte

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	<i>in % des verfügbaren Nettoeinkommens</i>									
Österreich	88,8	88,6	90,2	90,4	94,2	93,5	90,3	90,3	90,3	92,9
Euroraum	106,6	109,9	111,3	115,3	117,9	118,7	118,7	117,2	116,8	115,9
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	53,1	52,4	53,0	54,3	55,3	53,9	52,9	52,1	52,1	52,3
Euroraum	63,6	64,5	65,7	70,2	70,4	70,4	70,1	68,9	68,2	66,9

Quelle: EZB, OeNB.

Tabelle A4

Verschuldung des Unternehmenssektors¹

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	<i>in % des Bruttobetriebsüberschusses²</i>									
Österreich	199,5	209,8	218,2	230,7	230,7	227,5	235,2	244,9	237,9	237,8
Euroraum	213,5	220,9	233,2	247,8	245,7	243,7	251,0	247,0	251,7	254,4
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	84,1	89,2	91,3	92,4	93,5	92,6	93,8	96,2	93,2	92,8
Euroraum	90,3	94,2	98,5	101,5	101,6	100,8	102,4	100,7	102,3	104,3

Quelle: EZB, OeNB.

¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.² Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

Tabelle A5

Immobilienpreisindex

	2011	2012	2013	2014	2015	Q1 15	Q2 15	Q3 15	Q4 15	Q1 16
	<i>Index 2000=100</i>									
Österreich ohne Wien	124,0	137,4	141,1	145,4	152,9	150,2	150,1	152,8	158,4	163,6
Wien	156,1	180,7	196,3	204,6	209,2	206,8	208,7	209,0	212,3	220,3
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Österreich ohne Wien	2,3	10,8	2,7	3,1	5,1	4,8	1,9	4,3	9,6	8,9
Wien	8,5	15,7	8,7	4,2	2,2	1,1	0,6	3,4	3,9	6,5

Quelle: OeNB, Prof. Wolfgang Feilmayr, Department für Raumplanung, TU Wien.

Die halbjährlich erscheinende Publikation „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ gibt einen kompakten Überblick über die real- und finanzwirtschaftliche Entwicklung Österreichs und stellt diese in den internationalen Kontext. Die Aktualisierung der Kennzahlenübersicht zu Beginn der Publikation erfolgt vierteljährlich.

**Medieninhaber
und Herausgeber**

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-046698

Koordination

Matthias Fuchs

Wirtschaftsanalyse

Klaus Vondra (Hauptabteilung Volkswirtschaft)

Finanzanalyse

Gabriele Stöffler (Hauptabteilung Europäische Großbankenaufsicht)
Anita Roitner, Daniela Widhalm (Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung)

Redaktion

Alexander Dallinger

Layout und Satz

Walter Grosser

Grafische Gestaltung

Abteilung Informationsmanagement und Services

Druck und Herstellung

Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

© Oesterreichische Nationalbank, 2016. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024

